

POLIZEI REPORT

G 46983

Nr. 37

März 2010

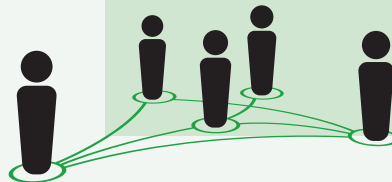
24. Ordentlicher Delegiertentag Landesbezirk Hessen

17.-19. März 2010 • Weilburg/Lahn

*Mehr Personal
Mehr Sicherheit
MehrWert*

**24. Ordentlicher
Delegiertentag**
Landesbezirk Hessen

17.-19.03.2010
Weilburg / Lahn



**BEZIRKSGRUPPEN SÜDOSTHESSEN UND OSTHESSEN IN DER
GEWERKSCHAFT DER POLIZEI, POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V.
UND DER PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der
Bezirksgruppen Südothessen und Ostessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
Polizeisozialhilfe Hessen e.V. und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach, Fulda,
Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg
PASt Langenselbold, PASt Bad Hersfeld, PASt Petersberg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg
Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeits-
arbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

A. Jochum, St. Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südothessen
V.i.S.d.P. Jörg Schumacher
Pestalozzistraße 13, 63179 Oberthausen

GdP BZG Ostessen

V.i.S.d.P. Ewald Gerk, Rehweg 2, 36041 Fulda

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-
lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch
auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;
die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel
werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr
veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das
Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-
zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt
und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen
Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz
vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts
(Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch
ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-
werbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite 5	KG Heersfeld-Rotenburg: Jahreshauptversammlung in Mecklar	Seite 27
BZG Süd-Ost: Alles hat seine Zeit	Seite 9	BZG Ostessen: PP Ostessen wurde verstärkt	Seite 31
Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe PASt Petersberg	Seite 10	BZG Südost: Riesige Spendenbereitschaft nach tragischem Unfalltod von Michael Roque	Seite 32
Meine Meinung...: "Ebe langts"	Seite 11	Reisekosten: Aufteilung in privat und beruflich	Seite 35
BZG Südost: Warnstreik in Hanau	Seite 13	KG Main-Kinzig: Peter Born im Ruhestand	
KG Vogelsberg: Regensburg ist eine Reise wert	Seite 14	BZG Südost: Silvesterbereitung	Seite 37
Erfahrungsaustausch der Wachpolizei	Seite 17	KG Fulda: Kreisgruppe tagte erstmals im Polizeipräsidium	Seite 39
JUNGE GRUPPE: Zusammenarbeit von Polizei und Justiz	Seite 19	BZG Südost: Hanne Bossak verabschiedet	Seite 41
KG PASt Petersberg: Der Autobahnfalkner von der A 7	Seite 21	§ 115 StGB jetzt - Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte	Seite 43
Kripo-Kommission: Datenspionage - seien Sie sicher im Netz	Seite 23	Streikbegleitende "Flashmob-Aktionen"	Seite 45
BZG Südost: Neue Kollegen/-innen begrüßt	Seite 25	Kreisgruppe Main-Kinzig: Trauer um Uli Albert	Seite 46

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der erste Polizeireport im neuen Jahr. Einem wichtigen Jahr für die GdP, aber auch für alle Beschäftigten der Hessischen Polizei. Wenn Ihr diesen Report in Händen haltet wird der 24. Ordentliche Landesdelegiertentag der GdP Hessen Geschichte, die Weichen für die nächsten vier GdP-Jahre gestellt sein, von denen die beiden Ersten im Focus der Dienstrechtsreform stehen, zu der wir in Zusammenarbeit mit den beiden anderen Berufsvertretungen das Beste für die Beschäftigten erreichen wollen. Die ersten diesbezüglichen Gespräche mit dem Minister bzw. politischen Parteien haben bereits stattgefunden bzw. weitere sind terminiert. Das letzte Gespräch vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe fand am 17.02.2010 mit den innpolitischen Fachleuten der hessischen FDP-Fraktion im Landtag statt. Die GdP-Vertreter stellten ihre Grundpositionen zur Dienstrechtsreform vor, also:

Grenze für die Lebensarbeitszeit.

60 Jahre sind genug! Zumindest sollte diese Grenze gelten nach 40 Jahren Dienst. Die Schichtdienstjahre müssen faktorisiert werden, ebenso die Zeiten besonderer anderer belastender Dienste (z.B. OPE, SEK, MEK, BFE, Fahndungsgruppen, etc.). Die FDP sieht hier die Möglichkeit: pro Jahr Schichtdienst ein Jahr früher in Ruhestand, natürlich ausgehend von 62 Jahren Altersgrenze, zu gehen.

40 Stunden Wochenarbeitszeit, analog den Tarifbeschäftigten,

bessere Stellenpläne und

Einbau der Zulagen in das Grundgehalt und damit ruhegehaltstfähig.

Keine weiteren Verschlechterungen bei Versorgung und Beihilfe.

Die Pensionen sind schon auf 71,75 Prozent reduziert. Nimmt man den noch gültigen Wegfall der Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage hinzu sind die Versorgungsbezüge der Hessischen Polizisten schon nur noch bei ca. 66 Prozent.

Keine Einführung von Leistungsprämien bei der Polizei. Die besten Prämien sind Beförderungen!

Außerdem wurden die unzureichende Duz - abgeltung sowie die Anhebung der Zusatzurlaubstage für Schichtdienstleistende thematisiert.

Der innenpolitische Sprecher der FDP, Wolfgang Greilich, äußerte, dass er einigen Wünschen der GdP, insbesondere eine Verbesserung des Stellenkegels, positiv gegenübersteht, aber letztlich alles unter der Maßgabe der Finanzierbarkeit betrachtet werden muss. Unterstützen will er aber das Vorhaben der GdP zur Einführung eines neuen Tatbestandes „Tätlicher Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten“ in einem eventuellen § 115 StGB und will dies in seiner Partei weiter diskutieren. Es wurden weitere Gespräche, nicht nur im Rahmen der Dienstrechtsreform vereinbart.

Ansonsten liegt außer dem Mediatorenbericht als Empfehlung an die Landesregierung zur Reform des Dienstrechtes nichts Konkretes auf dem Tisch. Die momentane Wirtschaftskrise mit ihren entsprechenden Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte werden die Verhandlungen jedenfalls erschweren.

Die Neubesetzungen und Rotationen im Führungsbereich der Polizeipräsidien haben ebenfalls begonnen. Das bisherige Ergebnis soll hier aber nicht kommentiert werden. Auch hier liegen Freud und Leid oft dicht beieinander.

Vorwort

Dies dürfte zumindest auf den „alten“ Chef des PP SOH, Heinrich Bernhardt, zutreffen, der bestimmt gerne noch einige Ideen verwirklicht hätte, aber auch seinen Ruhestand zumindest schon etwas genießt. Ihm an dieser Stelle alles Gute für seinen neuen Lebensabschnitt. Viel Glück wünschen wir auch dem neuen Polizeipräsidenten in Osthessen, Alfons Hoff, sowie seinem Pendant in Südosthessen, Günther Hefner. Die GdP ist immer gesprächsbereit.

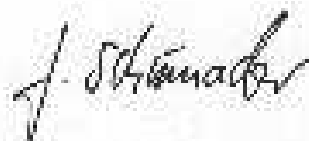
Neben der Dienstrechtsreform für die Beamten gilt es aber auch, für die Tarifbeschäftigten gegen Ende dieses Jahres schon wieder in Tarifverhandlungen mit dem Land Hessen einzutreten. Auch diese Verhandlungen werden sehr schwierig werden. Es wird also wieder eine spannende und arbeitsreiche Zeit für unsere Gewerkschaft. Deshalb ist für uns auch die Unterstützung durch unsere Mitglieder sehr wichtig.

In diesem Sinne, bis zum Sommer

Euer



Ewald Gerke
BZG-Osthessen



Jörg Schumacher
BZG-Südosthessen

Polizeisozialhilfe Hessen e.V.

Schirmherrschaft: Staatsminister Volker Bouffier

Benefizkonzert

mit dem ZDF-Chor Mainz & seinen Solisten

Leiter: Musikdirektor Franz-Jürgen Dieter

Karten
erhältlich:
Personalrat des
PP Osthessen

und dem

Landespolizeiorchester Hessen

Leiter: EPHK Sachs

Freitag, 22. April 2010, 20.00 Uhr

Probsteihaus, 36100 Petersberg

**Einlass:
19.30 Uhr**

Kontakt: Saalestraße 9, 65468 Trebur, ☎ 06147 7305, karolus.hts9@t-online.de

Alles hat seine Zeit

Dieses Motto hatte sich der Präsident des PP SOH, Heinrich Bernhardt, für seine Verabschiedung aus dem aktiven Polizeidienst nach 47 (genau 46,92) Jahren gewählt. Fast. 300 Gäste (Freunde, Mitarbeiter, Kollegen, aus Gewerkschaften, Politik, Verbänden und sonstigen Institutionen) waren seiner Einladung zur Abschiedsfeier in das Kreishaus in Dietzenbach gefolgt.

„Heinrich Bernhardt hat Polizei gelebt!“

Dies bemerkte Innenminister Bouffier in seiner Laudatio. Er ließ Bernhardts dienstlichen Werdegang Revue passieren, gespickt mit kleinen Anekdoten aus dieser Zeit. In seinen sehr persönlichen gehaltenen Ausführungen charakterisierte der Minister seinen noch „ältesten“ Polizeipräsidenten als z.B. sehr engagierten, innovativen, aber auch kritischen Mitarbeiter insgesamt sehr treffend, was dann Auswirkungen auf die Abschiedsrede des angehenden Pensionärs hatte. Seine kritischen Bemerkungen mussten gekürzt oder gar gestrichen werden. So bleiben ihm letztlich die Dankesworte an viele Mitstreiter in den unterschiedlichsten Funktionen, besonders aber an seine Ehefrau, und die letzten dienstlichen Wünsche an die Politik, darunter auch mehr Personal für das PP SOH.

Der Personalratsvorsitzende des PP Südosthessen, Rudi Ott, dankte dem scheidenden Behördenleiter in seinen, in Form einer Büttrede gehaltenen, Abschiedsworten, für die gute und faire Zusammenarbeit und seine Leistungen, mit denen er das PP SOH vorangebracht habe und entdeckte dann noch den weichen Kern des angehenden Ruheständlers. Abschließend richtete er noch die Grüße des Landesvorstandes der GdP aus in der Bernhardt seit fast fünf Jahrzehnten Mitglied ist.

Wenn einer geht muss auch jemand nachkommen. So wurde im Rahmen dieser Feier auch der Nachfolger durch den Innenminister in sein Amt eingeführt. Günther Hefner kehrt als neuer Behördenleiter des PP SOH nach fast sieben Jahren an seine alte Wirkungsstätte zurück.

Die GdP wünscht dem „Alten“ alles Gute für seinen neuen Lebensabschnitt und dem „Neuen“ viel Glück in seinem jetzigen Wirkungsbereich.

Zum Abschluss der Feierlichkeiten, die von der Combo des Hessischen Polizeiorchesters mit flotten Rhythmen umrahmt wurden, lud „Eisen-Heinrich“ alle Gäste zu einem Imbiss in das Foyer des Kreishauses ein, wo sich auch die Gelegenheit für das ein oder andere persönliche Abschiedswort bot.

Alles in allem war diese Veranstaltung ein würdiger Abschied für ein Urgestein der Hessischen Polizei.

BZG SOH/JS



Innenminister Bouffier (links) überreicht Heinrich Bernhardt (rechts) die Pensionierungsurkunde.

Langjähriger Verhandlungspartner verabschiedet sich aus dem Hauptpersonalrat

Mehr als sechs Jahre stand Günter Hefner dem Hauptpersonalrat der hessischen Polizei als Verhandlungspartner, Sachverständiger und Ratgeber zur Verfügung. Am 23. Februar 2010 verabschiedete sich Günter Hefner aus dem Gremium, da er nunmehr als Präsident des Polizeipräsidiums Südosthessen zu einem neuen (alten) Wirkungsbereich aufbricht. Henning Möller, Vorsitzender des HPR der Polizei, und gebürtiger Offenbacher, würdigte in einem kurzen Rückblick das „ausgleichende Wesen des Menschen Günter Hefner“, der auch bei schwierigen Verhandlungen an der Sache und den Mitarbeitern orientiert arbeitete. Er überreichte dem scheidenden Landespolizeivizepräsidenten ein Weinpräsen mit dem Hinweis, nunmehr bei verkürztem An- und Abreise wegen zur Dienststelle die Zeit mit Familie und dem Hobby, der Jagd, intensiver nutzen zu können. Günter Hefner blickte in kurzen Worten auf die „Hessenrundreisen“, gemeint waren damit die unterschiedlichen Tagungsorte des Hauptpersonalrates zurück. Die Arbeit mit den Vertreterinnen und Vertretern des HPR habe ihm, bei allen streitbaren Themen und Personen, Spaß gemacht.



Jens Mohrherr

Jahreshauptversammlung der KG PAST Petersberg

Anfang Februar 2010 fand im Vereinsheim am Sportplatz Petersberg die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe PAST Petersberg statt. Neben den zahlreich erschienenen Mitgliedern konnte der Vorsitzende Karsten Bech den Bezirksgruppenvorsitzenden Ewald Gerke und den Personalratsvorsitzenden Thomas Scheunert begrüßen.

Im Anschluss an die Totenehrung bedankte sich der Kreisgruppenvorsitzende bei seinen Vorstandskollegen für die ehrenamtlich geleistete Tätigkeit und für die sehr gute Zusammenarbeit bei Ewald Gerke und Thomas Scheunert.

Im Rechenschaftsbericht ging



Die anwesenden Mitglieder folgten interessiert den Ausführungen des Kreisgruppenvorsitzenden Karsten Bech.



Kreisgruppenvorsitzender Karsten Bech.

Karsten Bech unter anderem auf die Themen Personalstand- und Entwicklung bei der Dir V/S, hier insbesondere bei der PAST Petersberg und des Regionalen Verkehrsdienstes Fulda, ein.

Durch die räumliche Zusammenlegung der PAST Petersberg und des RVD Fulda wechselte der RVD zur Kreisgruppe PAST Petersberg und die Fahndungsgruppe zur Kreisgruppe Fulda.

Weitere Themen waren Änderungen im Bereich der Tarifbeschäftigten (Überleitung vom BAT in den TV-H), Beförderungen und Stellenstruktur im PP Osthessen.

Im Anschluss an den Bericht des Vorsitzenden gab der Kassierer Harald Schlenk seinen Rechenschaftsbericht bekannt. Hierbei wurden die Ausgaben, Einnahmen und die aktuelle Mitgliederzahl erläutert. Die Kassenprüfer Martin Schwalbach und Reiner Jost bescheinigten dem Kassierer eine ordnungsgemäße und einwandfreie Kassenführung. Nach Entlastung des Vorstandes durch die Versammlung konnten mehrere Ehrungen vorgenommen werden.

Für 25-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit wurden Wolfgang Gottschalt, Uli Wiegand und Reiner Jost geehrt.



Reiner Jost (links) wird vom BZG-Vorsitzenden Ewald Gerke für 25-jährige GdP-Mitgliedschaft geehrt.

Für 25-jähriges Dienstjubiläum wurden Matthias Axt, Harald Schlenk und Uli Wiegand geehrt.

Besondere Erwähnung fand der 70. Geburtstag der Kollegen Reiner Adomeit und Hermann Müller.

Nach den Ehrungen konnte der Bezirksgruppenvorsitzende Ewald Gerke noch einiges aktuelles aus gewerkschaftlicher Sicht mitteilen. Anschließend berichtete Seniorenvertreter Hermann Müller von der geleisteten und noch anstehenden Seniorenarbeit.

Markus Becker
Petersberg



Zum 70. Geburtstag erhielt Seniorenvertreter Hermann Müller die Glückwünsche und ein Präsent der Kreisgruppe.



„Ebe langts“!

Ich habe mich mittlerweile damit abgefunden, dass ich fast jedes Wochenende arbeiten muss. Ich habe mich damit abgefunden, dass Fußballspiele, bis hinunter in die unteren Spielklassen, und Volksfeste, wie beispielsweise die „Dippemess“ in Frankfurt oder das „Heinerfest“ in Darmstadt, keine planbaren Ereignisse sind und sie überraschenderweise immer wieder stattfinden. Ich habe mich damit abgefunden, kurzfristig alarmiert zu werden und die Familie und die Freunde stets und ständig vor den Kopf zu stoßen.

Aber neulich, neulich „hats echt mal wieder gelangt!“

Mein Dienstplan wurde am Freitag für die nächste Woche abgesehnet. Ich musste lernen, im Polizeidienst kann man nicht planen, schon gar nicht sein Privatleben - aber was war das noch gleich? Na ja, egal, auf jeden Fall bekomme ich nun meinen Dienstplan für die nächste Woche, „Super“ denke ich und versuche, nun mein Privatleben Drumherum zu basteln. In der Woche Fortbildung bei der HPA, ehemals HPS, in Wiesbaden, Sonntag einen 12-Stunden-Ergänzungsdienst. Ich verabrede mich Freitagnachmittag auf einen Kaffee mit einer Freundin. Am Dienstagabend werde ich in Wiesbaden angerufen. Ich soll am Freitag mit zu einem Sondereinsatz. Okay, kommt vor, es stört mich nicht mehr. Ich nehme es nur noch zur Kenntnis und freue mich darüber, dass es immerhin schon am Dienstagabend bekanntgegeben worden ist!

Daraufhin rief ich meine Freundin an und sagte den geplanten Kaffee am Freitag ab und wir beschlossen, das Treffen auf Samstagnachmittag zu verschieben. Am Mittwoch wurde ich darüber informiert, dass dieser Einsatz für mich doch nicht stattfindet. Nun gut, sagte ich zu mir, freute mich und ich rief wieder meine Freundin an, aber wir beließen es bei dem Termin am Samstag, da sie sich mittlerweile schon etwas anderes vorgenommen hatte. Am Donnerstagnachmittag wurde ich erneut in Wiesbaden angerufen. Jetzt sollte ich am Samstag mit zu einem Sondereinsatz. Daraufhin rief ich wieder bei meiner Freundin an und sagte den Termin am Samstag ab. Ihr Kommentar: „Sag mal, wissen deine Vorgesetzten eigentlich noch, was sie tun?“ Gute Frage, aber motiviert sollen wir bleiben, gut gelaunt – es fällt immer schwerer. Ich versuche, ruhig zu bleiben, ich versuche, mich nicht darüber zu ärgern – ebe langts!

Ich fühle mich wie ein Leibeigener, wie eine Nummer, wie eine verfügbare Masse, die man nach Belieben hin- und herschieben kann. Meine Gedanken formulieren einen Brief, einen Brief, den die wirklich Verantwortlichen wohl nie zu lesen bekommen werden:

Liebe Verantwortliche!

Sie sind ja auch nicht in der Situation, dem Bürger gegenüber zu erklären, warum Sie 45 Minuten für den Weg zur Verkehrsunfallaufnahme gebraucht haben. Ich verstehe nicht, warum aus unseren Gurtkontrollen jetzt urplötzlich Safety- Belts-Kontrollen geworden sind. Immerhin setzten Sie bei uns schon gewisse Englischkenntnisse voraus. Trotzdem geriet ich fast in Versuchung, bei der Verkehrskontrolle den Verkehrsteilnehmer zu fragen, ob er denn auch eine Schwimmweste unter seinem Sitz hat. Ich verstehe es nicht mehr, warum die Polizei so komplett verschieden in Personalverteilung und Sachausstattung aufgestellt sein kann.

Wo sind die weiterführenden Berechnungen der seinerzeit so hoch gelobten AG Personal? Was geschieht, wenn das „Überhangpersonal“, ein im Übrigen grässliches Wort, der Bereitschaftspolizei verteilt ist?

„Ebe langts“, liebe Verantwortliche, bitte erklären Sie es mir. Ich verfüge anscheinend nicht über die nötige Intelligenz und Kompetenz, dass sich mir diese Situationen auf Antrieb verschließen.

Sie hätten mich am Wochenende einfach mit meiner Freundin ein Kaffee trinken lassen sollen, dann hätte ich Ihnen diese Zeilen einfach erspart und hätte meinen Frust an anderer Stelle auslassen können. Aber wenn das so weitergeht, habe ich bald keinen mehr, der mit mir zu Hause einen Kaffee trinken möchte. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende im Kreise Ihrer Familien und Ihren Freunden. Vielleicht besuchen Sie ein beliebtes Volksfest oder ein Fußballspiel – oder gar den Ball des Sports, in unserem Hessenland.

Ich werde bestimmt auch da sein, schick angezogen im „alten grünen Einsatzanzug“ - den neuen kann ich mit meinen jährlichen 220 Euro Budget für Dienstbekleidung (bei rund 350 Euro Anschaffungskosten) nicht leisten - und mit dem üblichen Verpflegungsbeutel, auf der verzweifelten Suche nach jemandem, der sein Käsebrötchen gegen meine Würstchen eintauscht.

Aber mal sehen, wahrscheinlich ist dieses Mal auch wieder ein Schokoriegel mit drin. Ach ja, meinen Kaffee werde ich vielleicht auch noch bekommen - im Papierbecher, mit Glück noch ein wenig warm - aber immerhin in Gesellschaft Gleichgesinnter natürlich. **Mir langts ebe ach!**

(Verfasser ist der Redaktion bekannt)

Warnstreiks in Hanau legten öffentliches Leben lahm

Zahlreiche GdP – Mitglieder beteiligten sich an Protestaktionen von Verdi

Am Freitag, den 05.02.10 hatte Verdi zu zentralen Warnstreiks mit Kundgebungen in Hanau aufgerufen. Zahlreiche städtische Betriebe, wie z.B. die städtischen Kitas, die Bibliotheken, die Stadtverwaltung, die Stadtwerke und die Hanauer Straßenbahn GmbH beteiligten sich daran, so dass beispielsweise zahlreiche Pendler



Starke Truppe in gelb.

gezwungen waren auf das Auto oder das Rad umzusteigen. Insgesamt über 600 Teilnehmer zählte die Polizei bei der Kundgebung und dem anschließenden Protestmarsch durch die Hanauer Innenstadt, die sich für eine Verbesserung der Einkommenssituation der Beschäftigten des Bundes und der Kommunen zusammengefun- den hatten. Besonders groß war auch die Teilnehmerzahl der GdP Mitglieder vom Ordnungsamt der Stadt Hanau, die unübersehbar auffällig aus der Menschen- mengen auszumachen waren.

GdP MK/PH



Pensionärsweihnachtsfeier

Am 10. Dezember hatte die GdP Main-Kinzig zur Weihnachtsfeier eingeladen. Sie fand traditionell in den Räumen des PSV Grün-Weiß in Hanau statt. Unser stellvertretender Personalratsvorsitzender Peter Happ begrüßte in seiner gleichzeitigen Funktion als Vorsitzender der GdP Main-Kinzig die zahlreich erschienenen Pensionäre.



Die Pensionäre lauschen den Ausführungen von Peter Happ.

Er gab zunächst einen Überblick über die aktuell anstehenden Veränderungen im Polizeipräsidium Südosthessen und damit einher gehenden Belange bei den Dienststellen im Main-Kinzig-Kreis.

Nach den Einführungen bot sich die Gelegenheit für alle Anwesenden sich über die gemeinsamen aktiven Zeiten zu unterhalten und neue Kontakte zu knüpfen. Es entwickelte sich ein angenehmer Meinungsaustausch, bei dem die Unterhaltung und der Spaß im Vordergrund standen. Für Speis und Trank war natürlich bestens gesorgt. Dass dabei der berühmte Schwartemagen dem

Weihnachtskuchen den Beliebtheitsrang ablief, verwundert sich niemanden.

Zum Schluss versäumte es der Vorsitzende nicht, alle anwesenden runden Geburtstagsgäste noch mit einem eigenen Presskopf zu beehren. Zur Überzeugung aller hatte auch in diesem Jahr der gute Geist des PSV-Vereinsheimes, Werner Bos, besonders weihnachtlich eingedeckt. Auch hier durfte sein persönlicher Presskopf nicht fehlen.

So verging die Zeit wie im Fluge und erst am späten Abend endete die Veranstaltung mit dem Versprechen, sich spätestens in einem Jahr wieder einzufinden.

Unser Dank gilt auch den Vorstandsmitgliedern Ivo Schmitt und Peter Born, die für die organisatorischen Belange Verantwortung zeichneten. Die Aufgabe wurde wie immer mit Bravour gelöst.

GdP Main-Kinzig/NT

Regensburg ist eine Reise wert

Am zweiten Adventswochenende war es wieder soweit. Die GdP-Kreisgruppe Vogelsberg hatte aufgrund eines guten Angebotes kurzfristig zu einer Fahrt nach Regensburg mit Übernachtung, Frühstück, Busfahrt mit Frühstück und incl. einer 90 Minuten Stadtführung zum sagenhaften Preis von 45 Euro pro Person eingeladen. Wieder mit dabei auch die Partner der Kolleginnen und Kollegen.

Samstag früh starteten wir aus dem Vogelsberg nach Regensburg. Bei einem ausgiebigen Frühstück unterwegs bereitete man sich auf den kommenden Tag vor. Nach der Ankunft kurz ins Altstadtnahe Hotel eingekcheckt, und ab ging es zum Treffpunkt für die Stadtführung. Leider war es recht kalt, sodass die kurzweilige Stadtführung am Ende durch eine Aufwärmphase in einer Gaststätte abgelöst wurde.

Danach war Zeit zur freien Verfügung und bei insgesamt vier Weihnachtsmärkten, darunter ein historischer Markt, sowie ein „Märchenweihnachtsmarkt“ im Schlosshof der Turn und Taxis, musste man sich die Zeit gut einteilen.

Sonntagmorgen nach dem Früh-



Es ist schon guter Brauch: Das Vogelsberger Frühstück bei der ersten Rast. Holger Hofmann hat wie immer für alles bestens gesorgt.

Rauchbier musste schließlich auch getestet werden) erkunden.

Die Heimfahrt wurde nochmal von einer Brotzeit unterbrochen und etwas müde kamen alle Fahrtteilnehmer gesund wieder nach Hause.

Man war sich einig, die Fahrt war trotz der kurzen Vorbereitungszeit



Erst durch eine Stadtführung lernt man auch die geheimen Winkel Regensburgs kennen.

sche“ in die Gegend von Volkach. Eine Floßfahrt auf dem Altmain und der Besuch eines Weinfestest stehen auf dem Programm. Über den genauen Fahrtverlauf sowie den Termin wird rechtzeitig informiert.

Wolfgang Denke-Otterbein
KG Vogelsberg



Auf einem der regensburger Weihnachtsmärkte. Es gibt immer wieder Neues zu entdecken.

stück fuhren wir mit unserem Bus direkt nach Bamberg und die Teilnehmer konnten auch dort bei einem ca. vierstündigen Aufenthalt die Altstadt, aber auch den Weihnachtsmarkt oder die ein oder andere Brauereigaststätte (das Bamberger

wieder sehr gelungen.

Die nächsten Veranstaltungen 2010 werden wahrscheinlich eine Informationsveranstaltung zum Thema „Beihilfe“ sein und später im Frühsommer eine Fahrt ins „Fränki-



Erfahrungsaustausch der Wachpolizei

Am Montag, den 01.02.2010 kamen in Gießen die Wachpolizei-Vertreter der einzelnen GdP-Bezirke aus ganz Hessen zu einem Erfahrungsaustausch zusammen.

Ganz oben auf der Tagesordnung stand, natürlich der Aktualität geschuldet, die Höhergruppierung einiger (leider zu wenige) Kollegen in die Entgeltgruppe 8 TV-H (ehem. BAT Vc). Dazu hatte jedes Präsidium seine eigene „Geschichte“ zu erzählen. Nicht überall trafen die getroffenen Entscheidungen der Präsidien auf ungeteilte Zustimmung. In einem Präsidium lief zur Zeit unserer Veranstaltung sogar eine Klage gegen die vorgenommene Stellenbesetzung.

Insgesamt konnte aber festgestellt werden, dass die Höhergruppierung ein Anfang war, den es in Zukunft konsequent auszubauen gilt.

Die Wachpolizisten sind natürlich weiterhin bestrebt, diese Entgeltgruppe für 100 Prozent der Beschäftigten zu erreichen und die hoffentlich zeitnah nachfolgenden Höhergruppierungen größtenteils „an die Basis“ (LPP Nedela in 2009 anlässlich der Wachpolizeiveranstaltung in Gießen) zu verteilen.

Ein zweiter wichtiger Punkt war unsere derzeitige Amtsbezeichnung „Verwaltungsangestellter“. Heutzutage ist es gängige Praxis, sich zusätzlich privat zu versichern. Bei Abschluss einer privaten Unfall-



Die Vertreter/-innen der Wachpolizei aus den Bezirksgruppen.

Erwerbsunfähigkeits-, Lebens- oder Rentenversicherung wird jedoch nach dem Beruf bzw. dem Berufszweig gefragt. Der Begriff „Wachpolizist“ wird bei den Versicherungsgesellschaften nicht geführt. Unter der Bezeichnung „Verwaltungsangestellter“ kann man sich nicht ausreichend versichern, weil immer wieder das Tragen einer Dienstwaffe und die somit erhöhte Gefahr durch den Außendienst als Hinderungsgrund genannt werden.

Ein Kollege, dem dieser Zustand schon länger ein Dorn im Auge ist, hat sich daraufhin erkundigt und herausgefunden dass es z.B. in der Justiz den Begriff des Justizvollzugsangestellten gibt. Bei den Versicherungen ist demnach sogar der Begriff/Beruf des Polizeivollzugsangestellten erfasst und anerkannt. Diese Bezeichnung ist als solche nicht neu. Sie wurde

bereits anlässlich der GdP Wachpolizeiveranstaltung im Juni 2009 in Gießen angeführt und unverständlicherweise abgelehnt.

Übereinstimmend wird daher die Forderung an den Dienstherren gestellt, die Übernahme des Begriffes „Polizeivollzugsangestellter/r“ für alle Wachpolizisten sicherzustellen.

Es bleibt festzuhalten, dass die Änderung der Berufsbezeichnung keine zusätzlichen Kosten verursacht und ohne großen Aufwand durchgeführt werden könnte.

Zurzeit sind landesweit u.a. folgende Amtsbezeichnungen geläufig: **Verwaltungsangestellter (VA), Wachpolizist/-in oder Hilfspolizeibeamter.**

Somit könnten zukünftig hessenweit alle Wachpolizisten/-innen, außer den Vorteilen beim Versicherungsschutz, auch noch ihre Vorgangsbearbeitung mit einheitlicher Amtsbezeichnung vornehmen.

Anschließend wurde über die zukünftige Formulierung von Anregungen, Wünschen bzw. Forderungen durch die Wachpolizei beratschlagt.

Unter anderem wurden die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten, speziell für die Wachpolizei, eine wünschenswerte, sinnvolle Erweiterung des bestehenden Aufgabenkatalogs, sowie die Schaffung eines „Wachpolizei-Links“ auf der Inter-



Andreas Grün (rechts) begleitete die WaPol-Veranstaltung für den Landesvorstand.

netseite der GdP-Hessen diskutiert. Einige Punkte sind zur Wiedervorlage für kommende Veranstaltungen aufgenommen worden.

Den Anwesenden war zudem die Regelung im Krankheitsfall (sechs Wochen Lohnfortzahlung - und dann?) nicht ausreichend. Die wünschenswerte Ausweitung der Lohnfortzahlungsdauer wurde dementsprechend heiß diskutiert und soll zukünftig ebenfalls ein Thema bei uns bleiben.

Viele dieser Ideen stecken natürlich noch in den Kinderschuhen und sind vielleicht derzeit noch nicht durchführbar - wir werden uns in Zukunft jedoch weiterhin mit ihnen befassen und einen einheitlichen Ruf nach Bewegung in uns betreffende Angelegenheiten an die Landesregierung und den Landesvorstand der GdP-Hessen richten.

Eine Fortführung der gemeinsamen Aktivitäten ist geplant. Der nächste Erfahrungsaustausch soll in 4-6 Monaten stattfinden, sofern keine gravierenden Ereignisse eine frü-

here Zusammenkunft notwendig machen. Über Wünsche, Anregungen (auch Kritik) und Vorschläge bis zur nächsten Veranstaltung freuen wir uns. Einen großen Dank an die Organisatoren, insbesondere an Matthias Schack, PP Südosthessen, auf dessen Initiative der Stein ins Rollen kam.

Jan Schneider, BZG-Osthessen

Fachvortrag: Zusammenarbeit Polizei und Justiz

Am 24.11.2009 fand im Bürgerhaus Obertshausen, auf Initiative der Jungen Gruppe, der Bezirksgruppe Südosthessen und der Kripokommission, die Informationsveranstaltung „Eigensicherung vor Gericht“ (Wissenswertes über die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz) statt. Als Referent konnte Herr Staatsanwalt W. Jördens von der StA Wiesbaden gewonnen werden. Ziel des Vortrages war es Informationen und Wissenswertes über den täglichen Umgang mit Staatsanwaltschaften und Gericht zu vermitteln.

35 Zuhörer aus allen Organisationseinheiten des Polizeipräsidiums Südosthessen waren gekommen und lauschten den informativen und sehr unterhaltsamen Ausführungen des Staatsanwalts Jördens. In seinem fast dreistündigen Vortrag ging er unter anderem auf folgende Themen ein:



Das Publikum lauscht interessiert dem Vortrag.

- Erlebnisdefizite von Juristen zu polizeilichen Maßnahmen und Handlungen.
- Arbeitsweise und Taktiken der Rechtsanwälte.
- Tipps für Berichte und Vermerke (Transparenz der getroffenen Maßnahme).
- Problemfelder, wenn sich ein Polizeibeamter in der Freizeit in den Dienst versetzt.
- Der Polizeibeamte als Beschuldigter im Strafverfahren.
- Die „sachlichen Dienstaufsichtsbeschwerde“ bei Verfahren gegen Polizeibeamte; das richtige Verhalten vor Gericht.
- Ermittlungsfehler/Falschaussage/Fälschung von Beweismitteln.

Der stellvertretende Vorsitzende der Bezirksgruppe Südosthessen Peter Happ, dankte dem Referenten mit dem obligatorischen „Rhöner Schwartemagen“. Aufgrund der positiven Resonanz der Zuhörer wird die Bezirksgruppe Südosthessen in Zukunft gern weitere Fachvorträge durchführen. Dabei sind wir auf Eure Mithilfe angewiesen. Welche Themen brennen Euch auf den Nägeln? Schickt Eure Vorschläge und Ideen an markus.hueschenbett@polizei.hessen.de. Darüber hinaus sei noch auf weitere Seminare Eurer GdP hingewiesen, nähere Infos dazu gibt es auf www.gdp.de/Hessen (von jedem Standardarbeitsplatz erreichbar).

Markus Hüschentbett
Junge Gruppe



Staatsanwalt W. Jördens, Wiesbaden.

Diese Themen wurden durch unterhaltsame Beispiele und Urteile aus der Praxis anschaulich dargestellt.

Der Autobahnfalkner von der A 7

An einem kalten Winternachmittag erhielt eine Streife der Polizei autobahnstation Petersberg den Auftrag auf der BAB 7, in der Höhe der Anschlussstelle Hünfeld nach einem größeren Vogel Ausschau zu halten. Das Tier solle angeblich durch einen Zusammenprall mit einem Lkw verletzt worden sein und nun hilflos umherfliegen.

Die Streife fuhr vor Ort und konnte tatsächlich einen größeren Bussard ausmachen, der durch ungewöhnliche Flugmanöver auffiel. Sichtlich erschöpft blieb der Bussard dann neben den Polizeibeamten auf dem Standstreifen der Autobahn sitzen und kam auf die Polizisten zu. Es sah so aus, als wenn er von ihnen Hilfe erhoffte.

Mit Handschuhen ausgerüstet nahm Harald Schlenk allen Mut zusammen und setzte sich den prächtigen Bussard, wie



Autobahnfalkner Harald Schlenk.

wir es von den Flugschulen kennen, auf den Arm. Wie auf dem Bild zu sehen ist, kann man nachvollziehen, dass unser Kollege ein mulmiges Gefühl überkam.

Aber Hilfe war nötig. Also wurde der Greifvogel eingeladen und zu einem Tierarzt gebracht, der ihn kostenfrei untersuchte und mit der Verabreichung einer Aufbauspritze zu seiner Genesung beitrug. Aber nun wohin mit dem Bussard? Nach einigen Recherchen konnte die Streife das Tier im „Heimattiergarten“ in Fulda-Neuenberg abgeben, wo man sich fürsorglich um ihn kümmerte.

Der nicht alltägliche Falknerinsatz wird noch oft bei gemütlichen Runden Gesprächsthema sein.

Karsten Bech
PAsT Petersberg

Blaue Uniform:

Dienst- und Sonderbekleidung zu teuer

Nachdem nun die blaue Uniform mit dem Roll-Out im Dezember 2007 eingeführt wurde, sind mehr als zwei Jahre vergangen. Leider wurden offensichtlich entstandene Probleme bis heute nicht gelöst.

Hier nun zwei Beispiele:

- Bei der Auslieferung wurden die zwei Rollkragenpullover großzügiger Weise nicht berechnet, da man festgestellt hatte, dass sie minderwertig waren. Dies bewahrheitete sich dann auch anschließend beim Tragen und dem Waschen.
- Nach kurzer Zeit wurde auch festgestellt, dass die Streifenhose für das Winterhalbjahr zu dünn ist. Da keine geeignete Unterwäsche zur Verfügung stand, ermöglichte man, dass eine solche privat beschafft und die Rechnung eingereicht werden konnte.

Nun ist bereits auch der zweite Winter mit extrem kalten Nächten ins Land gegangen und die Polizeibeamtinnen und -beamten mussten improvisieren, da immer noch keine Winterhose und kein qualitativer Ersatz für die Unterziehhollis beschafft und angeboten wurde. Außer Meldungen wie: „Es läuft ein Tragversuch...“ war leider nichts zu vernehmen.

Groß im Intranet wurde die mögliche Bestellung des blauen Einsatzanzugs zu Lasten des Bekleidungskontos

für 300 Euro bestellen kann (Sonderbekleidung wurde bis dato vom Land bezahlt). Bei einer jährlichen Zuweisung von 220 Euro auf das Bekleidungskonto ist das „eine ordentliche Hausnummer“, wenn man bedenkt, dass man auch seine „Alltagsausrüstung“ von diesem Konto bestreiten/bezahlen muss. Falls das Geld auf dem Bekleidungskonto nicht reicht, ist der Restbetrag aus der eigenen Tasche beizusteuern. Sollte man gar noch ein Nebenamt wie zB. Schießausbilder, Hundeführer etc. ausüben, bekommt man natürlich auf kompliziertem Bestellweg beispielsweise zusätzlich einen Overall, den man bis jetzt noch nicht selbst bezahlen muss.

Nebenbei sei noch erwähnt, dass nach dem Roll-Out auch die Preise explodiert sind und dass bereits erwähnte zugewiesene Bekleidungs-geld in der Höhe auf dem Stand von 1988 stehen geblieben ist.

Wenn man überlegt, dass als Einführungszeitpunkt der blauen Uniform, sowie die Einführung des Digitalfunks mal die Fußballweltmeisterschaft 2006 angedacht war, kommt man ins Grübeln - **wir haben ja dieses Jahr wieder Fußballweltmeisterschaft.**

Karsten Bech

Datenspionage: Seien Sie sicher im Netz!

Interessierte GdP-Mitglieder hatten am 04. Februar 2010 die Möglichkeit, den Ausführungen von Kriminalhauptkommissar Axel Schröder und Polizeioberkommissar Erik Poth zu folgen. Egal ob Tarif- beschäftigte, Schutz- oder Kriminalpolizisten – das Thema der Gefahren im Internet interessiert alle.

Den ersten Teil der Veranstaltung füllte Axel Schröder mit einem Vortrag über die Internetkriminalität. Er gab einem einen kleinen Einblick in die Ausmaße der heute bestehenden Kriminalität im „Netz“ und, im groben, die Vorgehensweise der Täter.

Axel Schröder erläuterte, dass das Internet heutzutage immer stärker für kriminelle „Machenschaften“ missbraucht wird. Allen voran das Online-Banking mit all seinen Tücken. Während des gesamten Vortrages kam es immer wieder zu Fragen der interessierten Zuhörer. Wie bekämpfe ich Viren? Ist mein Rechner überhaupt noch sicher im Netz? Auf alle Fragen wurde eine Antwort geliefert.

Nach der Mittagspause ging Polizeioberkommissar Erik Poth speziell auf die Vorgehensweise von „Hackern“ und denen, die sich als solche bezeichnen, ein. Früher waren Ruhm und Ehre die Hauptbeweggründe von diesen Technikenthusiasten. Heute zählt nur noch eins – das GELD. Hacker haben in der Regel viel Fachkenntnis und nutzen Sicherheitslücken in Computersystemen. Mittlerweile gibt es sogar von Hackern programmierte „Bausätze“ um auch ohne Fachkenntnis in Computer einzudringen oder Schäden anzurichten.

Abschließend kann festgestellt werden, dass es unmöglich ist einen Rechner zu 100 Prozent zu schützen wenn man sich im Internet bewegt. Da sich die Angriffe aber fast immer auf Sicherheitslücken und Nutzerverhalten stützen, können Sie sich mit den folgenden Maßnahmen sehr gut schützen:

- Virenschutzprogramm und persönliche Firewall,
- Anti-Spy- und Adwareprogramm,
- Anti-Rootkitprogramm,
- Sicherheitsupdates bei Betriebssystem und Programmen mit Webanbindung,
- Browsersicherheit anpassen,
- sichere und nicht identischen Passwörter, diese regelmäßig wechseln,



Erik Poth (links) vom PTLV und Axel Schröder (rechts) vom HLKA zeigten den Zuhörern anschaulich die Sicherheitslücken in den PC's der „normalen“ Nutzer auf.

- mindestens zwei Benutzerkonten, nicht als Administrator „surfen“,
- Vorsicht bei E-Mail Anhängen,
- Vorsicht bei Downloads von Webseiten,
- keine Weitergabe von persönlichen Informationen,
- bei VoiP und WLAN auf höchste Verschlüsselung achten,
- regelmäßiges Backup,

Viel Interessantes und Hilfreiches zu diesem Thema finden Sie auch unter:

www.sicher-im-netz.de

Mark Weber
KG PTLV

Präsidentenkarusell

Es schlug bei der hessischen Polizei wie eine Bombe ein. Nur wenige Stunden nach dem morgendlichen Dienstbeginn war es für den Kasseler Polizeipräsidenten bittere Realität. Zum 1. März übernimmt sein Posten der bisherige osthessische Polizeipräsident Eckhardt Sauer, der jahrelang Vize in Kassel war.

Neuer Vizepräsident in Nordhessen wird der Leiter Einsatz der Frankfurter Polizei, Jürgen Diehl, der in Nordhessen kein unbekannter ist. Er war jahrelang Leiter der Polizeidirektion im Schwalm-Eder-Kreis.

Der bisherige Kasseler Vizepräsident Alfons Hoff wechselt nach Osthessen und wird dort neuer Polizeipräsident. Alfons Hoff, der osthessische Wurzeln hat, war seiner Zeit als Polizeichef beim RP Kassel für den Neuaufbau des PP Osthessen zuständig. Danach wurde der Vize-PP in Westhessen bevor er nach Kassel kam.

Für den kürzlich verstorbenen Peter Raisch übernimmt die Frankfurter Vizepräsidentin Sabine Thurau als erste Frau die Leitung des Hessischen Landeskriminalamtes.

Heinrich Bernhardt, Polizeipräsident in Südosthessen, geht mit Ablauf des Monats Februar mit Erreichen der Altersgrenze in den wohlverdienten Ruhestand. Sein Nachfolger wird sein Vorgänger im Amt des Offenbacher Polizeipräsidenten, Günter Hefner. Sein Posten als Landespolizeivizepräsident wird durch den Thüringer Oberstaatsanwalt Hermann Josef Klüber besetzt.

eg

Neue Kolleginnen und Kollegen begrüßt

Am 02. Februar 2010 begrüßte der Polizeipräsident Heinrich Bernhardt mit seiner Führungsmannschaft sowie den Vertretern des Personalrats Rudi Ott 26 neue Beamtinnen und Beamte im Polizeipräsidentium Südosthessen.

Nach dem offiziellen Teil konnte man sich bei einem kleinen Snack noch etwas beschnuppern und kennenlernen, bevor es dann raus an „die Front“ ging.



Die GdP Kreisgruppe Offenbach, nutzte die Möglichkeit, den GdP Mitgliedern (ca. 60 Prozent der Neuen) im Anschluss Begrüßungsgeschenke zu überreichen.

Die Bezirksgruppe Süd-Ost heißt alle neuen Kolleginnen und Kollegen herzlich willkommen und wünscht ihnen für die Arbeit bei ihren neuen Dienststellen alles erdenklich Gute.

Matthias Schack

Kommunikatives Frühstück auch unter neuer Leitung



Die Führungsriege der PD Main-Kinzig im Dialog mit den Teilnehmern/-innen des „kommunikativen Frühstücks“.

Auch unter PD Hans Knapp, dem neuen Leiter der PD Main-Kinzig, erfährt das von Jürgen Fehler eingeführte „Kommunikative Frühstück“ seine Fortsetzung. Ohne den häufig feststellbaren Zeitdruck, wurden und werden während dieser zwanglosen Frühstücksrunde Erfahrungen und Meinungen zwischen den Teilnehmern ausgetauscht. Erfahrungsgemäß geschieht dies bereits nach kurzer Zeit des gegenseitigen Abtastens. Fern ab von jedem Dienstweg oder sonst trennenden Hierarchieebenen, ohne Angst auf irgendwelche Repressalien, kön-

nen auch kritische Dinge angesprochen werden. Ich kann nur Jede(n) ermutigen, Einladungen zu derartigen Besprechungen ohne jede Vorbehalte dankbar anzunehmen und im offenen und fairen Dialog in dieser kompetenten Runde alles zur Sprache zu bringen, was auf dem Herzen liegt.

Peter Happ/GdP MK

Hessenweit wurden 9.185 Waffen und 2 Tonnen Munition zurückgegeben

In Hessen wurden im Jahr 2009 insgesamt 9.185 Waffen aus dem Verkehr gezogen. 5.913 davon waren scharfe Schusswaffen. „Das sind fast 10.000 Waffen, die nicht mehr in falsche Hände gelangen können und mit denen kein Verbrechen mehr verübt werden kann“. Die hohe Anzahl der zurückgegebenen Waffen ist seiner Ansicht nach ein Erfolg der verschärften Waffengesetze sowie der damit einhergehenden Amnestieregelung. Noch immer würden Teile der Waffen im Landeskriminalamt überprüft, ob diese bei Straftaten benutzt wurden.

Die Gesamtzahl der zurückgegebenen Waffen setzt sich zusammen aus 5.207 Waffen, für die die Besitzer keine Erlaubnis hatten und die Amnestie nutzten. Darunter sind nicht nur scharfe Waffen, sondern auch 3.272 so genannte sonstige Waffen, wie Schreckschusspistolen oder Hieb- und Stichwaffen.

Jahreshauptversammlung in Mecklar

Die Mitglieder trafen sich Ende letzten Jahres in Mecklar zur Jahreshauptversammlung. Adelbert Steinberg konnte neben den zahlreich erschienen Mitgliedern den Leiter der PD Hersfeld-Rotenburg, KD Michael Janßen, den GdP-Landesvorsitzenden Jörg Bruchmüller und den BZG-Vorsitzenden Ewald Gerk begrüßen.

Einleitend stellte Adelbert Steinberg fest, dass Vorstand, abgesehen von wenigen Änderungen nun seit neun Jahren im Amt ist. Er werde seinen Jahresbericht auf wesentliche Punkte beschränke, damit ausreichend Zeit für das Referat von Jörg Bruchmüller bestehe.

Die Zahl der Mitglieder beträgt zum Jahresende 182 Mitglieder. Fünf Mitglieder haben im zurückliegenden Jahr die GdP verlassen. Dagegen sind zwei Neumitglieder hinzugekommen. Das angestrebte Ziel die Marke von 200 Mitgliedern zu erreichen, hofft man in den kommenden Jahren. Adelbert Steinberg appelliert an die Anwesenden, Nichtmitglieder für einen Eintritt in die GdP zu gewinnen. Nur mit einer starken GdP können wir unsere Forderungen gegenüber dem Präsidium und auch der Politik darbringen.



Der Vorstand der Kreisgruppe Hersfeld-Rotenburg. V.l.: Klaus Hocke, Ruth Steinberg, Björn Seifert, Adelbert Steinberg, Manfred Knoch und Esther Jaekel.

Bereits im Januar 2009 rief die Landes GdP zur Teilnahme an den Wahlprüfsternen auf. Der Saal war nicht nur gut gefüllt, nein, es mussten sogar noch Stühle gestellt werden, um dem Andrang Herr zu werden. Die Politiker der Parteien wurden auf „Herz und Nieren geprüft“. Bei einigen Äußerungen entstand sogar so etwas wie ein kleiner Tumult im Saal.

Wir führen mit den Nordhessen zu einer Demo nach Hannover. Drei Wochen später waren wir wieder zur Demo unterwegs, diesmal nach Kassel.

Im März 2009 traf sich die große Tarifkommission der GdP mit den Vertretern der Regierung, um einen neuen Tarifvertrag zu verhandeln. Nach einem 16-stündigen Ver-

handlungsmarathon ist eine Tarifeinigung erzielt worden. Das Ergebnis ist allseits bekannt und ab 01. Januar 2010 tritt der neue TV-H in Kraft.

Uniform

Seit Einführung der neuen Uniform lässt sich im ersten Anschein eine Zufriedenheit bei den Kolleginnen und Kollegen feststellen. Im zweiten Blick sind jedoch Mängel festzustellen:

- ⇒ Entgegen der Behauptung, es würden qualitativ gute Stoffe verarbeitet, muss festgestellt werden, dass gerade die weißen Diensthemden nicht blickdicht sind, und die Strickjacken nach einigen Wochen Tragezeit Abrieberscheinungen zeigen.
- ⇒ Die Cargo-Hosen des Schichtdienstes sind zu dünn, sodass bereits in der Übergangszeit schon eine Unterziehhose getragen werden muss.
- ⇒ Die Hosen des Tagesdienstes weisen ebenfalls nach geringer Tragezeit erhebliche Abrieberscheinungen auf.

Jetzt ist die Bekleidungskommission gefordert, sich für eine Verbesserung einzusetzen.

IZEMA

Seit Einführung dieses Programms gab und gibt es immer wieder Aufregung. Es sollte eigentlich so sein, dass die Beschäftigten von Karlshafen bis Neckarsteinach gleich abgerechnet werden.

Es ist jedoch festzustellen, dass dies im Land Hessen noch immer nicht der Fall ist. Gerade in letzter



Aufmerksame, interessierte Zuhörer.



Klaus Troch (Bildmitte) wurde für langjährige Gewerkschaftszugehörigkeit vom GdP-Landesvorsitzenden Jörg Bruchmüller (links) und dem Kreisgruppenvorsitzenden Adelbert Steinberg (rechts) geehrt.

Zeit gab wieder viel Aufregung wegen der Berechnung bei den Krankheitstagen. Sollte sich eine Kollegin oder ein Kollege benachteiligt fühlen, wird geraten Widerspruch gegen seine Berechnung einzulegen.

Stellenplan PP Osthessen

Auch hier gibt es immer wieder Aufregungen um die Verteilung der Stellen. Es bleibt unter dem Strich festzustellen, dass alle Dienststellen zu wenig Personal haben. Wir betreiben eine Mangelverwaltung und müssen nur Löcher stopfen. Die weggefallenen PVS-Stellen im Schichtdienst werden nach und nach ersetzt, der PD HEF-ROF werden zwei Stellen zugewiesen: Eine Stelle für die PSt Bad Hersfeld und eine Stelle für die PSt Rotenburg.

Auflösung Dir V/S

Als letzten Punkt möchte ich die angedachte Auflösung der Dir V/S ansprechen, der sich in den letzten Wochen ergab. Das Organigramm der Polizei des Landes Hessen weist in jedem Flächenpräsidium eine Dir V/S aus.

Seniorenveranstaltung in Niederjossa.

Die Senioren der BZG trafen sich im Sportlerheim in Niederjossa.

Hier wurden sie über Neuerungen im Bereich der Pflegeversicherung unterrichtet. Referent war ein Vertreter der Beihilfestelle Hünfeld. Unser Mitglied Hans-Peter Voigt wurde dort für seine 50-jährige Mitgliedschaft geehrt.

Die Kassenlage der Kreisgruppe ist geordnet, stellten die Kassenprüfer fest und beantragten die Entlastung des Kassierers. Diesem Votum folgten die anwesenden Mitglieder einstimmig.

Der Leiter der PSt Bad Hersfeld, Klaus Troch, ist seit 40 Jahren in der GdP. Im Namen der hessischen GdP gratulierte Jörg Bruchmüller ganz herzlich zum Jubiläum.

In seinem Grußwort stellte KD Janßen die Erfolge und die gute Arbeit der Polizistinnen und Polizisten im Landkreis Hersfeld-Rotenburg heraus. Mit Engagement und Sachverstand werden die gestellten Anforderungen professionell erledigt.

Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller konnte in seinem Bericht eine reiche Themenpalette abarbeiten. Selbstverständlich bildeten der Tarifabschluss und der unmittelbar bevorstehende TV-H die Schwerpunkte seiner Ausführungen. Daneben referierte er noch über die unterschiedlichsten Themen, mit denen sich die hessische GdP das Jahr über beschäftigt hatte. Ewald Gerk beschränkte sich in seinem Bericht auf die osthessischen Themen. Die Stellen- und die Beförderungssituation, die fehlenden Höhergruppierungen waren einige Themen, die für Spannung bei den Zuhörern sorgten.

eg

Senioren Vogelsberg

Gänseessen in der Hardtmühle



In geselliger Runde fand das diesjährige Jahresabschlussessen der Seniorinnen und Senioren der GdP-Kreisgruppe Vogelsberg statt. Sehr erfreulich war die große Resonanz, worüber sich die beiden Seniorenvertreter, Peter Richtberg und Rudi Dippel, besonders angetan zeigten. Gänsebraten satt und andere leckere Gerichte wurden serviert. Peter Richtberg trug die aktuellen Neuigkeiten aus der Kreis- und Bezirksgruppe vor.

Das herzliche Beisammensein der Ruheständler mit ihren Ehefrauen ermunterte zu einem baldigen Zusammentreffen im Jahre 2010.

Peter Richtberg



PP Osthessen wurde verstärkt



Am Dienstag, 02. Februar, hieß Polizeipräsident Eckhard Sauer insgesamt 17 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Polizeipräsidium Osthessen willkommen. In einer kleinen Feierstunde stellte er ihnen seine Führungsmannschaft vor und wünschte viel Erfolg und viel Schaffensfreude in ihren jetzt erreichten „Wunschdienststellen“. Zum ersten Kennenlernen der neuen Dienststellen stellte Leitender Polizeidirektor Günther Voß den neuen Kolleginnen und Kollegen das Präsidium Osthessen und seine Strukturen in einem informativen Vortrag vor. Die vier Polizeibeamtinnen und ihre 13 Kollegen kommen aus südhessischen Dienststellen und der Bereitschaftspolizei und werden ihren Dienst in den drei Direktionen des Präsidiums aufnehmen. So verstärken insgesamt zehn Beamte die Polizeidirektion Fulda, vier werden in der Direktion Vogelsberg ihren Dienst versehen und zwei Beamte erhält die Polizeidirektion Bad Hersfeld-Rotenburg. Ein Beamter unterstützt die Abteilung Zentrale Dienste im Präsidium in Fulda.

Osthessischer Eiskanal



Mal wieder ein Schilddürgerstreich aus dem kalten Osthessen. Der neu errichtete Glasübergang im PP Osthessen war wieder mal wegen Eisglätte auffällig (zum wiederholten Male - letztes Jahr lag Schnee im Übergang).

Der architektonischen Leistung für dieses schicke Bauwerk, sowie dem Umgang mit der Arbeitsstättenverordnung in unserem Präsidium zollen wir unseren „vollen Respekt“! Mittlerweile wurde von unseren Bediensteten ein Hinweis an die „liebe Hausverwaltung“ angebracht, endlich ihrer Räum- und Streupflicht nachzukommen. Hoffentlich wird dies nicht bald ein Fall für die Unfallkasse Hessen. Was wohl unser Rechnungshof dazu sagen würde?

... aus der Rechtsprechung

Streit auf dem Heimweg ohne Schutz

Wer als Radfahrer auf dem Heimweg von der Arbeit einem Autofahrer den Weg versperrt, um ihn wegen eines vermeintlichen Verkehrsverstößes zur Rede zu stellen, verliert den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Denn damit hat er seinen versicherten Heimweg von der Arbeit mehr als nur geringfügig unterbrochen und eigenwirtschaftliche Interessen verfolgt.

Landesozialgericht Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 29. September 2009 - S 5 U 298/08

Bei hoher Belastung zu bejahren

Eine bandscheibenbedingte Erkrankung der Lendenwirbelsäule ist als Berufskrankheit (BK) anzuerkennen, wenn der Zusammenhang zwischen der beruflichen Tätigkeit und der Erkrankung mit der erforderlichen Wahrscheinlichkeit nachgewiesen wird. Das ist bei einem besonderen Gefährdungspotential durch hohe Belastungsspitzen der Fall. Ein Zweiradmechaniker ist diesen hohen Belastungsspitzen jedoch nicht ausgesetzt. Seine Belastung entspricht nicht der Belastung und den Arbeitsbedingungen, denen Angehörige der Pflegeberufe ausgesetzt sind.

Hessisches Landesozialgericht, Urteil vom 18. August 2009 - L 3 U 202/04

Nebenkostenabrechnung: Formelle Ansprüche müssen erfüllt sein

Jetzt im Frühjahr bekommen die meisten Mieter wieder ihre Nebenkostenabrechnung. Viele dieser Abrechnungen seien falsch, meinen Mieterbund und Verbraucherschützer. Man sollte sie genau prüfen, da solche Abrechnungen so eine Art „zweiter Miete“ seien. Wichtig sei ein schriftlicher Mietvertrag. Wenn darin von einer Pauschale, Umlage oder Inklusivmiete die Rede sei, nicht zu verwechseln mit der Nebenkostenvorauszahlung, könne der Mieter in der Regel die Abrechnung vergessen. Über die Vorauszahlung müsse der Vermieter aber abrechnen.

Wichtig sei auch, die Nebenkostenabrechnung des Vorjahres zum Vergleich heranzuziehen. Es gibt 16 Arten von Standardnebenkosten, die in der Anlage 3 der Zweiten Betriebskostenverordnung enthalten sind. Wer darüber hinaus Nebenkosten abrechnen wolle, müsse diese im Mietvertrag extra aufführen, da sie sonst nicht verrechnet werden dürfen. Die einzelnen Positionen können auch anhand eines Ratgebers überprüft wer-

den. Solche Ratgeber gibt es beim örtlichen Mieterbund oder im Internet über .

Um allen Formalien gerecht zu werden, muss eine Abrechnung spätestens nach einem Jahr schriftlich vorliegen, muss die Gesamtkosten aufführen, den konkreten Anteil des Mieters mit den geleisteten Vorauszahlungen und den Verteiler- oder Umlageschlüssel. Die gängigen Umlagekosten sind die für Heizung, Warmwasser, Wasser und Abwasser, Grundsteuer, Müllabfuhr, Straßenreinigung, Hausmeisterkosten, Wartungen, Fahrstuhl, Schornsteinfegergebühren, Gebäude- und Haftpflichtversicherung und der Betrieb von Gemeinschaftsräumen. Ausgeschlossen sind Instandhaltungs- und Verwaltungskosten. Nähere Informationen gibt es im Internet unter . Es ist nicht erlaubt, die Miete einfach zu kürzen.

Diese Tipps gelten für alle Mieter/innen, nicht nur für Seniorinnen, und solche, die es werden wollen. Weitere Informationen dazu gibt es auch auf den APS-Seiten der GdP im Internet. nw

Riesige Spendenbereitschaft nach tragischem Unfalltod von Michael Roque

Spende in Höhe von 37.245,52 Euro wurde übergeben

„Mit Ashley-Michelle ist wieder etwas Licht in unser Leben getreten“, sagte Tina Brand und bedankte sich für die gewährte Unterstützung und Anteilnahme in der schweren Zeit der Trauer. In ihren Dank bezog sie alle Mitarbeiter/-innen der Polizei, der Bundeswehr, den Einsatzkräften des Hessentages 2009 in Langenselbold, die zahlreichen Firmen und Privatpersonen ein, die letztlich die stattliche Summe von 37245,52 Euro für ihre Tochter gespendet hatten.



Behördenleiter Heinrich Bernhardt übergab im Rahmen des Besuchs zudem an die Familie Roque weitere 1.370 Euro, die im Dezember 2009 als Kollekte des traditionellen ökumenischen Adventsgottesdienstes der Polizeiseelsorge in der Basilika in Seligenstadt gesammelt wurden.

Den Hinterbliebenen Michael Roques wurde die Bereitschaft untermauert, auch künftig mit Rat und Tat zur Verfügung zu stehen.

Der Personalrat
beim PP Südosthessen

Am 19. Februar überbrachten der Personalratsvorsitzende des PP Südosthessen, Rudi Ott, Polizeipräsident Heinrich Bernhardt und Polizeipfarrer Winfried Steinhilf, der Lebensgefährtin des tödlich verunglückten Wachpolizisten Michael Roque diese Spende.

Nahezu der gesamte Betrag von 37.245,52 Euro ist zur finanziellen Zukunftssicherung von Ashley-Michelle, die am 19.12.09 als gemeinsame Tochter von Tina und Michael das Licht der Welt erblickte, zweckgebunden festgelegt.

Reisekosten: Aufteilung in privat und beruflich

Der Große Senat des Bundesfinanzhofs veröffentlichte am 13. Januar 2010 seinen Beschluss zum Werbungskostenabzug teils privat sowie teils beruflich veranlasster Reisekosten (Beschluss vom 21.9.2009, GrS 1/06). Die gute Nachricht: Reisekosten dürfen aufgeteilt werden! Die schlechte Nachricht: Reisekosten müssen detailliert aufgelistet sein.

Bei beruflich veranlassten Fahrten, deren Ziel touristisch attraktive Orte waren, wurden häufig vom Finanzamt gestrichen. Das Finanzamt lehnte die Anerkennung als Werbungskosten auch ab, auch wenn die Reise teilweise beruflich veranlasst war. § 12 Nr. 1 Satz 2 EStG sah für solche Kosten ein Aufteilungs- und Abzugsverbot vor. Diese strikte Regelung erlaubten jetzt die Richter des Bundesfinanzhofs in seinem o.g. Urteil.

Aufzeichnungen unbedingt notwendig. Die ermittelten privaten Ausgaben dürfen nicht steuerlich abgezogen werden, die beruflichen Reisekosten dagegen schon. Die Aufteilung der Reisekosten erfolgt nach Zeitanteilen.

Wie viel Zeit der Reise mit beruflichen Tätigkeiten und wie viel mit Privatvergnügen verbracht wurde, hat der Steuerzahler nachzuweisen. Eine Art Tagebuch ist da hilfreich. Bei den Aufzeichnungen müssen die Zeitdauer der beruflichen Tätigkeit (Beginn und Ende) genau notiert werden.



Ist der berufliche und private Zeitanteil geklärt, sind folgende drei Schritte notwendig, um zu den abziehbaren Werbungskosten zu kommen:

Schritt 1 – voll abziehbare Ausgaben: Ermittlung der ausschließlich betrieblichen Ausgaben (Seminargebühren, Ausgaben für Treffen mit Kunden, Teilnahme an Seminar, etc.).

Schritt 2 – nicht abziehbare Ausgaben: Alle rein privaten Ausgaben sind nicht abziehbar (Pauschale für Sightseeing, etc.).

Schritt 3 – allgemeine Kosten aufteilen: Die An- und Abreisekosten sowie die Übernachtungskosten sind nach Zeitanteilen aufzuteilen.

Als Nachweise sind zu empfehlen:

- Einladungsschreiben,
- Lehrgangs- oder Seminarunterlagen (Dauer der Fortbildung, Inhalt,
- geleistete Zuzahlungen,
- Freistellung von der Arbeit/dem Dienst (DBF-Antrag, Bildungsurlaubsantrag...) eg

„Wir werden Tausende Straftaten nicht aufklären können“

GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg sieht in dem Urteil des Karlsruher Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung eine «schallende Ohrfeige» für den Gesetzgeber.

Auf die Frage, ob er durch das Urteil die Sicherheit in Deutschland gefährdet sieht, sagte Freiberg: „Ja sicher. Wir werden Tausende von Straftaten nicht mehr aufklären, Opfern nicht mehr helfen können“.

Hat die Vorratsdatenspeicherung die Arbeit der Polizei erleichtert? Dazu sagte der GdP-Bundesvorsitzende, dass wir dadurch die Möglichkeit hatten, bei schweren Fällen von Kriminalität auf die Daten von möglichen Verbrechern zuzugreifen. Das brachte uns einen großen Vorteil bei den Ermittlungen. So konnten viele Verbrechen aufgeklärt werden. Dazu war auch eine richterliche Anordnung nötig, ohne die ging es nicht. Die Ermittlungen wurden also immer abgesegnet.

Konrad Freiberg zeigt auch für die Sorgen der Menschen Verständnis. Ich sehe da aber die Politik in der

Pflicht. Es war und ist ihre Aufgabe, die Menschen von der Notwendigkeit des Gesetzes zur Vorratsdatenspeicherung zu überzeugen und ein Gesetz zu formulieren, das Widersprüchen jeglicher Art standhält. Das ist in diesem Fall leider nicht passiert. Der Gesetzgeber hätte das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung enger fassen und vor der Verabschiedung die Akzeptanz der Bevölkerung einholen müssen. Die Politiker hätten den Menschen darlegen müssen, wie nötig das Gesetz für ihre Sicherheit ist.

siehe auch:
Frankfurter Neue Presse

Mit einer starken GdP auf Erfolgskurs

Peter Born geht in den Ruhestand

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde wurde KOK Peter Born von seinem Chef, EPHK Josef Michael Rösch, Ende Januar aus dem aktiven Polizeidienst verabschiedet. In seiner Laudatio würdigte der Chef von PÖA Peter Born als ruhigen sachlichen und überaus angenehmen Mitarbeiter und entschuldigte sich für diverse Irrwege der Pensionierungssurkunde.

Beim anschließenden gemütlichen Beisammensein ließ Peter Born Stationen seiner langen Dienstzeit Revue passieren, wobei die eine oder andere Anekdote sehr zur Unterhaltung beitrug.

Peter Happ überbrachte die Grüße des Personalrates und bedankte sich bei Peter Born für sein langjähriges zuverlässiges Engagement im Vorstand der Kreisgruppe Main-Kinzig.

Hier hat sich Peter Born große Verdienste vor allem verlässlicher Verwalter des Geldes erworben. Aber nicht nur als Kassierer war und ist Peter Born besonders engagiert.

Bei nahezu jeder Veranstaltung kann man sich auf sein Organisationsgeschick verlassen. Zum Ausdruck des Dankes überreichte Peter Happ dem Jubilar den traditionellen Preßkopf. Die Größe des Exemplars dürften keine Rückfragen über die Verdienste von Peter Born zulassen.



Peter Born nimmt von Peter Happ sein bescheidenes Geschenk entgegen.

Die KG Main-Kinzig sagt „Danke“ und wünscht Peter Born im neuen Lebensabschnitt alles Gute.

GdP MK/PH

Silvesterbereisung im PP SOH



v.l.: POK Michael UHL (PASst Langenselbold), Toaster, Jörg Schumacher.

diensthabenden Dienstgruppen wurden die besten Wünsche der GdP und des Personalrates für das neue Jahr überbracht.

Weiterhin wurde ein kleiner „Gau-menschmaus“ an die Dienstgruppen übergeben, um den Sylvesternacht-dienst etwas zu erleichtern.

Die GdP (Bezirksgruppe Südost-hessen) bedankte sich bei allen Koll-e-ginnen und Kollegen für die geleistete Arbeit im Jahr 2009 und wünschte für den Sylvesternacht-dienst alles Gute, trotz Verzicht auf Familie, Frau, Freundin/Freund, Lebensabschnitts-gefährte-/in pp..

Die GdP bleibt weiterhin für „ALLE“ am Ball, verbunden mit folgendem Leitspruch:

„PP SOH WIR SIND FÜR EUCH DA“.

BZG SOH/TP

Am Mittwoch, dem 30. Dezember 2009 besuchten Jörg Schumacher und Thorsten (Toaster) Pfeiffer alle Dienststellen im Bereich des PP Südosthessen. Den

Kreisgruppe tagte erstmals im Polizeipräsidium

Neuer Vorstand gewählt und Thomas Scheunert im Amt bestätigt

Erstmals im Versammlungssaal des Polizeipräsidioms Fulda fand die Jahreshauptversammlung am 16. Dezember 2009 statt. 50 Mitglieder folgten der Einladung und konnten sich an einem kostenfreien kleinen Imbiss sowie den Getränken erfreuen. Festzustellen bleibt, dass der Versammlungssaal sehr gut geeignet ist, zur Durchführung der Jahreshauptversammlung.

Der KG-Vorsitzende Thomas Scheunert nahm nach seiner Begrüßung die Totenehrung vor. Die Versammlung gedachte den in 2009 verstorbenen Mitgliedern Siegfried Tomas und Otmar Krenzer.

Im folgenden Geschäftsbericht ging der Vorsitzende auf den neuen Tarifvertrag Hessen (TV-H) und auf den schwierigen Weg dahin ein. Das Land Hessen unter Roland Koch hatte Tarifflicht in 2004 begangen und die Zugehörigkeit zur Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) aufgekündigt. Vier lange Jahre warteten die hessischen Beschäftigten bis zu einer Tarifierhöhung in 2008, die auch noch durch Gesetz statt durch einen ordentlich ausgehandelten Tarifvertrag in Kraft gesetzt wurde. Eine Einmaligkeit, die es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bisher noch nicht gegeben hatte. Dieses Vorgehen stieß auf den scharfen Protest der GdP. Mit Erfolg. Das Tarifiediktat der hess. Landesregierung wurde nachgebessert und es wurden echte Tarifverhandlungen aufgenommen, welche erfolgreich mit der Unterzeichnung des neuen TV-H abgeschlossen wurden. Die GdP fordert trotz des Erfolgs die Rückkehr in die TdL und keinen hessischen Sonderweg weiter zu beschreiten.



Thomas Scheunert wurde bei den Wahlen einstimmig zum Vorsitzenden wiedergewählt.

dass man mit der Operation Sichere Zukunft und PVS Fehler bei der Polizei begangen hätte. Immerhin hat man daraus gelernt und die Ausbildungskontingente deutlich erhöht.

Als GdP-Erfolg stellte Thomas Scheunert die Höhergruppierungsmöglichkeiten für die Wachpolizei dar.



Thomas Scheunert (Bildmitte) dankte Hans-Jürgen Tegtmeier (rechts) und Alexander Krimmel (links) für ihre langjährige Tätigkeit im Kreisgruppenvorstand.

Ohne die GdP-Initiativen hätte es die Höhergruppierungen nach BAT Vc für neun unserer Wachpolizistinnen/-en nicht gegeben. „Was nun fehlt, sind auch ein deutliches mehr an Höhergruppierungsmöglichkeiten für die normalen Tarifbeschäftigten“, so Thomas Scheunert.

Düster sieht die Situation bei den Beförderungen für das Jahr 2010 und 2011 statt. Grund, es gibt in diesen Jahren und im Folgejahr kaum Pensionierungen. Außerdem weiß niemand, welche Auswirkungen die Finanz- und Wirtschaftskrise auf den hessischen Haushalt nehmen wird.

Kritisch setzte sich der Vorsitzende auch mit dem Kündigungen von Dienstvereinbarungen durch den Polizeipräsidenten Eckhard Sauer auseinander. Immerhin ist kürzlich ein Minimalkonsens im Rahmen von Personalentwicklungsmaßnahmen bei der Besetzung von Dienstposten gelungen.

Zum Schluss seiner Ausführungen erwähnte der Vorsitzende verschiedene Aktivitäten der Kreisgruppe wie die Unterstützungsarbeiten am Tag der offenen Tür, den regelmäßigen Seniorenstammtisch sowie den Herbstausflug in den Rheingau.

Ewald Gerck berichtete in seinem Kurzreferat insbesondere zum Sachstand der aktuellen gewerkschaftlichen Verhandlungen mit dem Innenminister zur Dienstrechtsreform. Die GdP und die beiden Konkurrenzberufsvertretungen haben dazu eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen, um die Interessen der Beschäftigten gemeinsam besser vertreten zu können. Leider liegen noch keine konkreten Ergebnisse zu Fragen der Besoldung, Versorgung, Lebensarbeitszeit und Beförderungsmöglichkeiten vor. Es wird weiter verhandelt.

Holger Bachmann stellte in seinem Kassenbericht die solide Kassenlage vor, der Kassenprüfer Herbert Ben-



Gerhard Dorn (rechts) wurde für 50-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit geehrt.



Werner Zielke (links) und Helmut Fischer (rechts) wurden für 40-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit Dank und Anerkennung ausgesprochen.

sing bescheinigte eine ordnungsgemäße Kas senführung.

Es folgten Neu wahlen für den KG-Vorstand. Den Vor schlägen der Kreis gruppe folgten die Ver sammlungsteilnehmer, so dass der Vorstand für die nächsten vier Jahre aus folgenden Personen besteht:

Vorsitzender: Thomas Scheunert,

Stv. Vorsitzende: Frank Peter, Berthold Neidert, Manfred Schäfer und Bernhard Adler,

Schriftführer: Uli Jökel, stv. Schriftführer: Joachim Fritsch,

Kassierer: Holger Bachmann, stv. Kassierer: Rüdiger Poppel,

Seniorenvertreter: Adolf Krause,

Frauengruppe: Michaela Winkler,

Beisitzer: Carsten Sippel, Michael Böhm, Leonhard Feuerstein, Conny Jehnert, Rudolf Lorenz, Walter Strött, Heribert Jantke, Günter Schneider, Michael Keidel, Martin Schäfer, Sabine Bode und Ewald Gerk.

Als Kassenprüfer wurden Stefan Böhning und Thomas Gensler gewählt.



GdP-Bezirksgruppenvorsitzender Ewald Gerk referierte über die aktuelle Gewerkschaftspolitik in Hessen sowie auf Bundesebene.

Thomas Scheunert bedankte sich im Namen des neu gewählten Kreisgruppenvorstands für das entgegengebrachte Vertrauen und wünschte dem Vorstand eine erfolgreiche Arbeit für unsere Mitglieder in den kommenden vier Jahren.

Im Anschluss an die Wahlen wurden die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Alexander Krimmel, Michael Otto und Hans-Jürgen Tegtmeier verabschiedet. Als Dank erhielten sie ein kleines Präsent von der Kreisgruppe.

Für ihre langjährige Mitgliedschaft wurden die Mitglieder Karin Janßen (25 Jahre), Heinrich Eilers, Werner Zielke und Helmut Fischer (40 Jahre), Gerhard Dorn (50 Jahre) und Ilse Lüdtké (60 Jahre) geehrt.

Im Beisein des Bezirksgruppenvorsitzenden erhielten Werner Zielke, Helmut Fischer und Gerhard Dorn direkt in der JHV ihre Ehrenurkunde und Ehrennadel. Karin Janßen, Heinrich Eilers und Ilse Lüdtké waren verhindert und wurden später entsprechend geehrt.

Nach einer regen Debatte verabschiedete Thomas Scheunert die Versammlungsteilnehmer und wünschte allen ein erfolgreiches neues Jahr.

Thomas Scheunert
KG-Vorsitzender



Hanne Bossak verabschiedet

Vor einem Jahr wurde unsere langjährige Mitarbeiterin Hanne im feierlichen Rahmen mit vielen Blumen und Geschenken von ihrem Stationsleiter EPHK Zingg, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Personalrates und Vorsitzenden der Kreisgruppe Hanau der GdP, Peter HAPP, und der Angestelltenvertreterin des Personalrates und der Kreisgruppe Hanau der GdP, Ingrid Meisner-Hoppe, und natürlich von ihren Arbeitskolleginnen und -kollegen mit einem zu Herzen gehenden selbst komponierten Lied des Ernst Frommann, der sich dabei auch auf der Gitarre begleitet hat, in die passive Altersteilzeit verabschiedet

Hanne hatte einen sehr bewegten Tätigkeitsverlauf. Sie begann im Jahr 1966 bei der Personalstelle der Truppenverwaltung der Fernmeldeschule in Feldafing am Starnberger See. Dann zog sie aus privaten Gründen in den Hanauer Bereich und wurde zum Kreiswehrrersatzamt Hanau versetzt und später zusammen mit dem Kreiswehrrersatzamt nach Eschborn verlegt.



Hanne Bossak (rechts) erhält zum Abschied einen Blumenstrauß.

Später wechselte sie in den Altkreis Hanau zur Ermittlungsgruppe der Polizeistation Hanau, nach der Gebietsreform Zentrale Ermittlungsgruppe genannt, zuständig für den Altkreis Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern.

Über eine freie Liste wurde Hanne 1976 als Angestelltenvertreterin in den örtlichen Personalrat und Angestelltenvertreterin in der Kreisgruppe Hanau der GdP gewählt und hatte die Ämter inne bis zur Vereinigung der Polizeidirektion Hanau mit dem Polizeipräsidium Offenbach zu dem heutigen Polizeipräsidium Südosthessen.

1981 bis 1997 war sie zudem Angestelltenvertreterin in der Bezirksgruppe Darmstadt der Gewerkschaft der Polizei.

Hanne's passive Altersteilzeit endet mit Ablauf des Monats November 2010. Wir wünschen ihr von Herzen alles erdenklich Gute und hoffen, dass sie noch lange gesund und fit ihren wohlverdienten Ruhestand genießen kann.

Ingrid Meisner-Hoppe
GdP KG HU

VOLLZUGSBEAMTIN: LIEBE ZUM JUNKIE KOSTET JOB

Eine Strafvollzugsbeamtin, die mit einem drogenabhängigen Strafgefangenen eine Liebesbeziehung eingegangen ist und andere Dienstvergehen begangen hat, ist aus dem Dienst zu entfernen.

Der Fall: Die Justizvollzugsoberssekretärin war in einer Justizvollzugsanstalt eingesetzt, als sie eine Liebesbeziehung mit einem drogenabhängigen Strafgefangenen einging, der für einen Drogenentzug auf Widerruf aus der Haft entlassen war. Sie nahm ihn in ihre Wohnung auf, ohne ihren Vorgesetzten Meldung zu machen. Des Weiteren duldete sie, dass der Strafgefangene ihr Fahrzeug ohne Fahrerlaubnis führte und sie begleitete ihn bei einer Fahrt zur Beschaffung von Drogen. Schließlich ging sie trotz Krankschreibung während des laufenden Disziplinarverfahrens einer nicht genehmigten Nebentätigkeit nach.

Das Oberverwaltungsgericht: Bereits durch das Eingehen einer Liebesbeziehung mit dem Strafgefangenen, seine Aufnahme in ihre Wohnung sowie das Verschweigen dieser Umstände hat die Beamtin ein schwerwiegendes Dienstvergehen begangen. Dies gilt umso mehr, als sich der Strafgefangene nach dem Abbruch des Drogenentzugs nicht bei ihr hätte aufhalten dürfen. Sie hat sich erpressbar gemacht und ist deswe-

gen zum Sicherheitsrisiko geworden. Eine weitere Dienstpflichtverletzung stellt das Dulden des Fahrens ohne Fahrerlaubnis dar. Darüber hinaus hat sie während des Disziplinarverfahrens eine nicht genehmigte Nebentätigkeit ausgeübt, obwohl sie dienstunfähig war. Wegen der Schwere der Dienstvergehen kann der Dienstherr nicht mehr auf die beanstandungsfreie Erfüllung der Dienstpflichten vertrauen.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 11. Januar 2010 - 3 A 11186/09.OVG

GKV: KOSTEN FÜR EINFRIEREN VON SAMENZELLEN

Gesetzlich Krankenversicherte haben auch dann keinen Anspruch auf Kostenübernahme des Einfrierens und Lagerns von Samenzellen durch die gesetzliche Krankenkasse, wenn aufgrund einer bevorstehenden Hodenkrebsoperation und Chemotherapie Zeugungsunfähigkeit droht.

Sozialgericht Aachen,
Urteil vom 3. November 2009 - S 13 KR 115/09

Ein Nachlass kann auch Schulden enthalten

Wenn man in die Jahre kommt, als Pensionär/in oder Rentner/in, dann denkt man, sofern Vermögen, Haus- und Grundbesitz vorhanden sind, auch darüber nach, ob man etwas und wem vererben soll.

Der Staat hat das so geregelt, dass Kinder und Eheleute jeweils die Hälfte des gesamten Vermögens erben, wenn kein Testament vorhanden ist. Als Pflichtteil bezeichnet man das gesetzliche Anrecht am Nachlass, das nahen Verwandten wie Kindern, Ehepartnern oder auch Eltern zusteht, wenn sie nicht in einem Testament erwähnt sind. Wenn nichts Näheres im Testament steht, erben oft mehrere Personen. Sie bilden eine Erbengemeinschaft, die das Vermögen verwaltet und aufteilt. Wer erbt, muss nicht ausdrücklich erklären, dass er ein Erbe annimmt. Die Frist zur Ausschlagung eines Erbes oder Nachlasses (Vermögen und Schulden bilden den Nachlass) beträgt sechs Wochen. In dieser Zeit muss eine Ausschlagung erfolgen, die notariell beurkundet

sein muss. Wer innerhalb dieser Zeit einen Erbschein beantragt, für den gilt das Erbe als angenommen. Wer dennoch ein Erbe mit Schulden antritt, der kann versuchen, sein eigenes Vermögen durch ein so genanntes Nachlassinsolvenzverfahren zu retten. Ein Erbe wird Rechtsnachfolger, also zuständig für Vermögen und Schulden. Deshalb sollte man sich in einem Erbfall vorher erkundigen, ob nur Schulden vererbt werden, oder auch Vermögen.

Ist ein Testament vorhanden (im Haus aufbewahrt, beim Notar oder Amtsgericht hinterlegt), dann wird es innerhalb einer bestimmten Frist eröffnet. Damit wird für die Erben eine notarielle Gebühr fällig, die sich nach der Höhe des Vermögens bestimmt. Wer ein Testament verfasst (das gilt nicht nur für ältere Menschen), sollte sich überlegen, ob er darin nicht einen Testamentsvollstrecker benennt, der ebenfalls Geld kostet, der aber helfen kann, Streit zu vermeiden. So etwas pas-

siert öfters bei Erbengemeinschaften, wenn ein Testament nicht eindeutig verfasst ist. Dann hilft ein Schlichtungsverfahren (Mediation) oder es kommt zu einem Gerichtsverfahren. Besser sei es, so die Fachleute, Immobilien oder bares Vermögen an Verwandte oder Freunde schon zu Lebzeiten zu übertragen. Das habe auch steuerliche Vorteile. Geltende Freibeträge könnten alle zehn Jahre ausgeschöpft werden. Hierzu ist aber ein von einem Notar verfasster Schenkungsvertrag notwendig. Möglich ist auch ein Nießbrauch. Der bietet sich an, bei vermieteten Objekten. Dann können Eltern z.B. ihren Kindern schon zu Lebzeiten Haus oder Wohnung übertragen, sich aber vorbehalten, weiterhin die Miete zu kassieren. Nähere Informationen gibt es auch im APS-Programm der GdP im Internet.

nw

Tätlicher Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten - § 115 StGB jetzt !

Die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte/-innen fordert nach Ansicht der GdP die Einführung eines speziellen Straftatbestand im StGB. Die Schaffung einer neuen Strafrechtsnorm „§ 115 StGB – tätlicher Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten“ wurde als Formulierungsvorschlag in die politische Debatte eingebracht.

Die GdP hat darüber hinaus auch einen Formulierungsvorschlag erarbeitet. Hier der Wortlaut:

§ 115 StGB (neu) **tätlicher Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten**

(1) Wer einen Amtsträger oder Soldaten der Bundeswehr, der zur Vollstreckung von Gesetzen, Rechtsverordnungen, Urteilen, Gerichtsbeschlüssen oder Verfü-



gungen berufen ist, während der Ausübung seines Dienstes oder in Beziehung auf seinen Dienst tät-

lich angreift, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn

- 1. der Täter eine Waffe oder ein anderes gefährliches Werkzeug bei sich führt, um diese bei der Tat zu verwenden, oder**
- 2. die Tat mit einem anderen Beteiligten gemeinschaftlich begangen wird, oder**
- 3. der Täter durch eine Gewalttätigkeit den Angegriffenen in die Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung bringt.**

Begründung:

§ 113 StGB (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) in derzeitiger Fassung knüpft die Strafbarkeit von Widerstandshandlungen, zu denen auch jetzt schon der tätliche Angriff gehört, an eine Vollstreckungssituation an, d. h. ohne Vollstreckung oder unmittelbar bevorstehende Vollstreckungshandlung keine Strafbarkeit. Sog. Angriffe aus dem Nichts werden daher strafrechtlich von § 113 StGB nicht erfasst.

Durch die neue Vorschrift wird die feindliche Motivation des Straftäters, der gegen einen Vollstreckungsbeamten vorgeht, strafrechtlich miterfasst, weil allein der

tätliche Angriff auch ohne Vollstreckungshandlung strafbar wird.

Andere, zur Zeit im politischen Raum diskutierte Änderungsvorschläge (z. B. aus Sachsen) reihen die strafbare Handlung des tätlichen Angriffs als einen Unterfall der Widerstandshandlung des § 113 ein. Dadurch wird aber der besondere Unwertgehalt des tätlichen Angriffs verwischt. General- und spezialpräventive Ansätze lassen sich mit einer eigenständigen Norm besser umsetzen.

Widerstand an sich ist oftmals sprachlich durchaus positiv besetzt, Widerstand leisten gilt in besonderen Situationen auch als Tugend. Deshalb wird die Wirkung des strafbaren Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte oftmals `auf die

leichte Schulter genommen`. Wir wollen diesen Effekt beenden und setzen auf einen eigenen Paragraphen, der sich sprachlich als „tätlicher Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten“ klar vom strafbaren Widerstand absetzt. Dem polizeilichen Gegenüber muss deutlich vermittelt werden, dass tätliche Angriffe auf Polizeibeamte nicht verharmlost werden.

Der GdP-Vorschlag zu § 115 StGB ist systemgerecht, denn das StGB kennt den strafrechtlichen Schutz besonderer Berufsgruppen oder Rechtssubjekte (z. B. § 316a – räuberischer Angriff auf einen Kraftfahrer).

gdp

Streikbegleitende „Flashmob-Aktion“

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 22. September 2009 - 1 AZR 972/08 -

Eine gewerkschaftliche Aktion, bei der kurzfristig aufgerufene Teilnehmer durch den Kauf geringwertiger Waren oder das Befüllen und Stehenlassen von Einkaufswagen in einem Einzelhandelsgeschäft eine Störung betrieblicher Abläufe herbeiführen, ist im Arbeitskampf nicht generell unzulässig. Allerdings greift eine derartige „Flashmob-Aktion“ in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb des Arbeitgebers ein. Ein solcher Eingriff kann aber aus Gründen des Arbeitskampfes gerechtfertigt sein. Gewerkschaftliche Maßnahmen, die zur Durchsetzung tariflicher Ziele auf eine Störung betrieblicher Abläufe gerichtet sind, unterfallen der durch Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz gewährleisteten Betätigungsfreiheit der Gewerkschaften. Zu dieser gehört die Wahl der Arbeitskampfmittel. Deren Zulässigkeit richtet sich jedoch nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Arbeitskampfmittel sind rechtswidrig, wenn sie zur Durchsetzung der erhobenen Forderungen offensichtlich ungeeignet oder nicht erforderlich oder wenn sie unangemessen sind. Für die Beurteilung der Ange-

messigkeit einer gewerkschaftlichen Arbeitskampfmaßnahme ist von wesentlicher Bedeutung, ob für die Arbeitgeberseite Verteidigungsmöglichkeiten bestehen. Gegenüber einer „Flashmob-Aktion“ im Einzelhandel kann sich der Arbeitgeber durch die Ausübung seines Hausrechts oder eine kurzfristige Betriebsschließung zur Wehr setzen. Eine derartige Aktion ist typischerweise auch keine Betriebsblockade.

Der Erste Senat des Bundesarbeitsgerichts wies daher, wie bereits die Vorinstanzen, die Klage eines Arbeitgeberverbands ab, mit welcher der Gewerkschaft ver.di der Aufruf zu „Flashmob-Aktionen“ im

Einzelhandel untersagt werden sollte. Die Gewerkschaft hatte im Rahmen eines Arbeitskampfes eine einstündige Aktion organisiert, bei der ca. 40 Personen überraschend eine Einzelhandelsfiliale aufgesucht und dort mit Waren vollgepackte Einkaufswagen zurückgelassen sowie durch den koordinierten Kauf von „Pfennig-Artikeln“ Warteschlangen an den Kassen verursacht hatten.

Pressemeldung BAG

BZG Osthessen - Fahrt nach Köln (Vorankündigung)

In diesem Jahr plant die GdP in Osthessen eine Fahrt nach Köln zum Weihnachtsmarkt. Termin:

Samstag: 04. bis Sonntag, 05. Dezember 2010

Neben dem Besuch der verschiedenen Weihnachtsmärkte ist eine

Stadtrundfahrt, eine Dombesichtigung und weitere Highlights geplant.

Bei Interesse bitte melden. Vorreservierungen unter::

gdp-osthessen@onlinehome.de

Trauer um EPHK a.D. Ulrich Albert

Am 30.10.2010 wurde Ulrich Albert plötzlich und unerwartet aus dem Leben gerissen.

Ulrich „Uli“, Albert war seit genau einem Jahr in seinem wohlverdienten Ruhestand. Mit dem Eintritt in die Polizei (01.04.1968), trat er auch der GdP bei. Uli war seit mehr als vier Jahrzehnten ein treues und aktives Mitglied in der GdP. Auch im Ruhestand hielt er „seiner GdP“ die Treue.

Uli Albert war lange Zeit Angehöriger der Polizeiautobahnstation Neu-Isenburg, bis er 1997 die Leitung der Polizeiautobahnstation Langenselbold übernahm. Seit 1993 war er zusätzlich Leiter der Landeskradstaffel Hessen, die ihn weit über die hessischen Grenzen hin bekannt gemacht hat. Das unermüdliche und hoch motivierte Engagement, welches Uli in die Arbeit



der Kradstaffel legte, wird ihn nie vergessen machen. Sein „Vorangehen“ bei unzähligen Einsätzen hat die Kradstaffel dahin gebracht, wo sie heute steht.

Uli war mit Leib und Seele Polizist, dies erkannte man auch daran, dass er für die Kradstaffel seine Lebensarbeitszeit um ein Jahr verlängerte.

Für Uli gab es zwei tragende Säulen, denen er sein Leben gewidmet hat. Dies war zum einen die Familie und zum anderen die Polizei.

Uli war aufgrund seiner ruhigen, ausgeglichenen, fachlich kompetenten und menschlichen Art ein Vorbild für Jung und Alt.

Der Ehefrau Charlotte, den Kindern Jörg und Anke gilt unser tiefstes Mitgefühl und Beileid. Wir werden „Unserem Uli“ ein ehrendes Andenken bewahren und ihn nie vergessen.

KG MK/TP

Gerd Steinbrecher 40 Jahre im öffentlichen Dienst

Auf bereits 40 Jahre im öffentlichen Dienst kann Polizeihauptkommissar Gerd Steinbrecher zurückblicken. Am 3. Dezember konnte der Leiter der Einsatzbereitschaft des PP Südosthessen im Rahmen einer kleinen Runde von Polizeipräsident Heinrich Bernhardt die herzlichen Glückwünsche entgegennehmen.

Der 54-Jährige begann seine Arbeit im öffentlichen Dienst bereits 1969 als Elektriker bei den Stadtwerken in Offenbach und setzte diese Tätigkeit bis 1977 bei den Verkehrsbetrieben Frankfurt fort; allerdings unterbrochen von zwei Jahren als Angehöriger des Bundesgrenzschutzes in Hünfeld.

Nach der damals üblichen Ausbildung in Kassel gelangte er 1982 nach Offenbach und fand dort bis 2004 - nur unterbrochen durch das Studium - seinen Platz beim 1. Polizeirevier.

Ab April 2004 nahm Kollege Steinbrecher zunächst die Aufgaben des Abwesenheitsvertreters in der



Leitung der Verkehrsinspektion wahr, um anschließend Leiter Einsatz/Organisation in der Einsatzbereitschaft zu werden. 2007 übernahm er zunächst kommissarisch und anschließend im Hauptamt die Leitung der letztgenannten Dienststelle und der Wach-polizei.

Die Kreisgruppe Offenbach bedankt sich sehr herzlich bei Ihrem langjährigen Mitglied für die geleis-

tete Arbeit als Vertrauensmann der Kreisgruppe Offenbach und wünscht für die weitere Zukunft weiterhin gutes Gelingen bei seiner weiteren Tätigkeit.

Matthias Schack
Offenbach



Mehr Personal
Mehr Sicherheit
Mehr Wert

24. Ordentlicher
Delegiertentag
Landesbezirk Hessen

17.–19.03.2010
Weilburg / Lahn



Jörg Bruchmüller erneut zum Landesvorsitzenden gewählt



Der neue Vorstand, v.l.: Ralf Humpf (PZBH), Andreas Grün (Mittelhessen), Jörg Schumacher (Südosthessen), Lothar Hölzgen (Westhessen), Wolfgang Link (Frankfurt), Peter Wittig, Jürgen Aschenbrenner (beide Westhessen), Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller, Marianne Diefenthaler (Frankfurt), Ewald Gerke (Osthessen), Sandra Temmen (HBP), Heinz Schiskowsky (PZBH), Ruth Steinberg (Osthessen) und Wolfgang Fahrenbach (Nordhessen).

Der Landesdelegiertentag der hessischen GdP fand Mitte März in Weilburg/Lahn unter dem Motto „**Mehr Personal – Mehr Sicherheit – Mehr Wert**“ statt.

Nach dem öffentlichen Teil mit Dr. Heiner Geißler als Gastredner eröffnete Jörg Bruchmüller offiziell den Kongress. In seinem Geschäftsbericht ging er auf die herausragenden bzw. hervorzuhebenden gewerkschaftlichen Aktivitäten der letzten vier Jahre ein. Die „Krawallmacher“-Demo im Februar 2007 in Baunatal, die Betreuungsmaßnahmen während der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland und die Veranstaltungen zu den beiden Landtagswahlen in Hessen fanden dabei besondere Erwähnung. Unter allen Aktionen war die Postkartenaktion Ende 2007 die gewerkschaftliche Top-Aktion.

Neben den genannten gewerkschaftlichen Aktivitäten sind die Personalratswahlen ein Spiegel guter Gewerkschafts- bzw. Personalratsarbeit – ein Ausdruck der Akzeptanz bei den Beschäftigten. Das Erkennen und Aufgreifen der Probleme und Anliegen der Beschäftigten drücken sich im Wahlergebnis aus. Die GdP stellt die Mehrheit in allen hessischen Polizeipersonalräten und auch deren Vorsitzende. Aus dieser großen Akzeptanz heraus muss die GdP ein Mehr an Stärke und Einfluss gewinnen.

Um dieses Ziel konsequent zu verfolgen und den gewerkschaftlichen Einfluss bei der Dienstrechtsreform zu erhalten, wurde mit dem BDK und DPolG eine Kooperation vereinbart. Als erste Ergebnis, insbesondere um bei der Auflösung des A 10er-Bauchs ein Stück voranzukommen, wurde für Ende März ein Gespräch mit Innenminister Bouffier vereinbart. Eine spürbare „Anschubfi-



Jörg Bruchmüller

nanzierung“ ist zwingend geboten und muss auch im „Streifenwagen“ ankommen.

Jörg Bruchmüller machte bei den anschließenden Wahlen deutlich, dass er auch in den kommenden vier Jahren die hessische GdP mitgestalten will. In geheimer Wahl votierten 96,2 Prozent der Delegierten für ihn.

Heinz Schiskowsky (HLKA) wurde erstmals in den geschäftsführenden Landesvorstand gewählt. Er tritt die Nachfolge von Erika Büttner an, die

im Januar in Rente ging und nicht mehr kandidierte. Zu weiteren Stellvertretern wurden Jörg Schumacher (BZG Südosthessen), Lothar Hölzgen (BZG Westhessen) und Andreas Grün (BZG Mittelhessen) gewählt.

Für Mike Messer, der als Landeskassierer ebenfalls nicht mehr kandidierte, stellte sich Jürgen Aschenbrenner (BZG Westhessen) als sein Nachfolger zur Wahl. In offener Abstimmung votierten alle Delegierten für ihn. Als sein Stellvertreter stellte sich Peter Wittig (BZG Westhessen) zur Wahl. Er kandidiert ebenfalls erstmals für den geschäftsführenden Landesvorstand. Als Schriffführer wurden erneut Ewald Gerke (BZG Osthessen) und Wolfgang Link (BZG Frankfurt) als Stellvertreter bestätigt.

Weiter wurden als „gleichberechtigte Mitglieder“ Sandra Temmen (HBP) und Ralf Humpf (PZBH) gewählt.

Ewald Gerke



„Ein Innenminister gehört zur Polizei“

Spannende und ereignisreiche Tage habe man beim Delegiertentag der Hessen-GdP in Weilburg erlebt; manchmal auch mit kontroversen Antragsdiskussionen, so die Bilanz des mit über 96 Prozent erneut zum Landesvorsitzenden gewählten Jörg Bruchmüller.

Hier seien die Zukunftsaufgaben für den Landesvorstand gestellt worden. Als „ausgezeichnet“ wertete er das Referat von Dr. Heiner Geißler, „Der Mensch steht im Mittelpunkt“. Das spüre man auch bei der Geschlossenheit der GdP-Familie, bedankte er sich bei allen Helfer/innen vor und hinter der Bühne.



Mit flotten Weisen stimmte die hessische Polizei-Combo die Delegierten auf die Konferenz ein. nw



„Geht es der Polizei gut, geht es auch den Bürger/innen unseres Landes gut“, war die Ansicht von Weilburgs Bürgermeister Hans-Peter Schick. nw

„Freundschaft ist das höchste Gut“ hatte Weilburgs Bürgermeister Hans-Peter Schick in seinem Grußwort verkündet. Günter Rudolph, innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion hätte die uneingeschränkte Solidarität der Landesregierung für die Polizei erwartet. Dabei brach er eine Lanze für den immer mehr ausgetrockneten Schichtdienst. „Auf ihre Polizei können sich die Bürger/innen in Hessen verlassen.“, meinte Rudolph, der sich auch für die kritischen Auseinandersetzungen mit der GdP bedankte.

Zukunft“. Er ging auf die Wirtschaftskrise ein, auf die zunehmende Gewalt gegen die Polizei, die Tarifverhandlungen und die steigende Armut in der Gesellschaft. Konrad Freiberg machte deutlich, dass es nicht der öffentliche Dienst sein könne, der die Schuldenlast in den kommenden Jahren tragen müsse. „Sprecher der Polizei ist die GdP und wir werden das in Zukunft auch deutlich machen“, schloss er seine Rede.

„Ein Rechtsstaat setzt einen funktionierenden Sozial-



Ein eifriger Kämpfer für den Sozialstaat und gegen eine nicht berechenbare Globalisierung der Ökonomie war Dr. Heiner Geißler. nw



Ein kämpferischer GdP-Landesvorsitzender, Jörg Bruchmüller, der mit über 96 Prozent der Stimmen wieder gewählt wurde. nw

GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg sagte es noch deutlicher im Hinblick auf den abwesenden Innenminister Volker Bouffier: „Ein Innenminister gehört zur Polizei. Er kann sich nicht abnabeln, sonst hat er keine

staat voraus“, war das Kredo des einstigen Ministers und Generalsekretärs der CDU, Dr. Heiner Geißler (wir berichten gesondert). Ihm liege sehr an einer offenen Kommunikation, an einem guten Miteinander, trotz unterschiedlicher Interessen, stellte Boris Rhein fest, Staatssekretär im Innenministerium. „Wir müssen einen Weg finden zu einem konstruktiven und kritischen Dialog“, machte er der GdP ein Friedensangebot. Man habe die gemeinsame Aufgabe, für Sicherheit zu sorgen. Die engagierten und motivierten Polizist/innen hätten viel dazu geleistet. Rhein sprach die Mängel bei der Personalausstattung der Polizei an und versprach Verbesserungen. Auch der A11-Bau müsse aufgelöst werden. Ein gutes Personalmanagement sei deshalb wichtig.



Mehr Personal
Mehr Sicherheit
Mehr Wert

24. Ordentlicher
Delegiertentag
Landesbezirk Hessen

17.-19.03.2010
Weilburg / Lahn



Mit anerkennenden Worten und einem kleinen Präsent wurden zahlreiche langjährige Vorstands- und Ausschussmitglieder aus ihren Ämtern verabschiedet. V.l., Heinz Homeyer, Mike Messer, Erika Büttner, Harald Dobrindt, Doris Hämmerle, Oliver Hoog, Rainer Ziegenhagen, Horst Kothe, Jens Mohrher, Manfred Spoelstra. nw

eine Verbesserung des Polizeidienstes eingesetzt habe. Zudem habe sie sich gegen das Tarifdiktat von der CDU-Landesregierung und DPoIG gewehrt und den Freiwilligen Polizeidienst abgelehnt.

Der Vorsitzende lobte die Bereitschaft der GdP-Mitglieder bei Großaktionen, z.B. bei der Fußballweltmeisterschaft, die Kolleg/innen zu betreuen. Nicht immer gut angekommen sei die Diskussion mit Politikern vor der Landtagswahl. Dafür sei die Postkartenaktion aber eine sehr gute Möglichkeit gewesen, „den Wähler struwelig zu machen“ (Originalton Henning Möller) und zu zeigen, dass die GdP bei der Bevölkerung eine Stimme habe.

Bruchmüller verteidigte die Kooperation mit DPoIG und BDK zur Dienstrechtsreform und den Einsatz für einen neuen hessischen Tarifvertrag.

Dazu gehörten die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Wiedereinstieg nach der Elternzeit. Er forderte Konsequenzen bei Gewalt gegen die Polizei. Das müsse den Straftätern klar gemacht werden. Er rechtfertigte aber auch die Ablehnung der „Gewaltstudie“ durch das Land Hessen. Rhein sprach die Dienstrechtsreform an und zeigte sich sicher, dass es einen gemeinsamen Weg geben müsse.



Politiker, Polizeipräsidenten und Polizeidirektoren waren beim Landesdelegiertentag der GdP im Weilburger Schlosshotel anwesend. nw

Mehr Personal für die Polizei verspricht Staatssekretär Boris Rhein. nw



Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller mahnte an, dass die GdP den Schritt zu einem partnerschaftlichen Umgang gemacht habe. Das sei für sie eine staatsbürgerliche Verpflichtung. „Wir sind keine Krawallmacher und wir sind auch niemand, der sich die Frage gefallen lassen muss: „Wollt ihr Krieg oder Frieden?“. Wir sind auch keine Tarnkappenorganisation einer Partei. Wir wollen Polizist/innen, die aufrecht gehen können. Lassen Sie die Polizei frei atmen. Wir brauchen eine neue Führungskultur, schrieb Jörg Bruchmüller dem Staatssekretär und der Landesregierung ins Stammbuch. In seinem Bericht, der den Delegierten schriftlich vorlag, ging er auf die verschiedenen Höhepunkte der abgelaufenen vier Jahre ein.

Er zeigte auf, dass die Polizei gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sich in zahlreichen Gesprächen und bei Demonstrationen für

Mit 11.388 Mitgliedern sei die GdP in Hessen gut aufgestellt. Sie genieße in der Bevölkerung hohes Ansehen. Positiv war der Bericht des scheidenden Kassenschaters Mike Messer, dessen Haushaltsplan 2010 von den Delegierten einstimmig angenommen wurde. „Wir sind auf dem richtigen Weg“, gab er seine Kolleg/innen mit, auch wenn die Finanzlage verbessert werden müsse. Der Vorstand wurde einstimmig entlastet. nw



Fleißig abgestimmt wurde bei den Anträgen zum Landesdelegiertentag der GdP nw



Vom „Abba-Medley“ zur „Robbie Williams-Show“

Großer Bunter Abend beim Landesdelegiertentag der GdP



Robbie-Williams-Cover-Show. Robbie Williams, alias Jonas Weyand, Polizeibeamter der PAST Wiebaden, begeisterte sein Publikum mit einer rockigen Show. nw

Mit Standing Ovations feierten die Teilnehmer/innen des Delegiertentages der hessischen GdP die Künstler beim „Bunten Abend“ in Weilburg. Sandra Temmen und Bernd Kuske-Schmittinger führten durch das Programm, das mit einem festlichen Dinner eröffnet wurde.

Dabei wurden auch Reisegutscheine der Hessischen Polizeistiftung verlost und die Signal-Iduna überreichte drei Tischfußballspiele an besonders geschickte Teilnehmer bei einem Tipp-Kick-Match. Die Band „Wanda“ sorgte für harten rockigen Sound. Ganz anders dagegen das Duo „2injoy“ (Florezelle Amend und Michael Diehl), die mit Gesang und Gitarrenspiel Pop- und Soullklassiker spielten. Stehenden Beifall heimste die Theatergruppe „Pinocchio 90“ aus Wiesbaden ein. Die Solist/innen interpretierten die Titelsongs aus den Musicals „Cats“ (Erinnerungen), „Evita“ (Weine nicht um mich Argentinien), „Les Miserables“ (Ich liebe dich), „König der Löwen“ (Kann es wirklich Liebe sein), „West-Side-Story“ (Maria) und einige andere Ohrwürmer wie „New York, New York“ oder „Big Spender“. Sie endeten mit einem Medley bekannte Abba-Songs wie „Take a chance on me“, „Mama Mia“ oder „Dancing Queen“.

Den Höhepunkt des Abends aber lieferte die Band „Wanda“ mit ihrer „Robbie-Williams-Cover-Show“. Star des Abends war Robbie Williams, alias Jonas Weyand, Polizeibeamter der PAST Wiesbaden. Der riss das Publikum mit, ließ selbst ältere Delegierte männlichen und weiblichen Geschlechts vor die Bühne kommen, um mit zu singen und zu tanzen. Da wurde der Song „We will rock you“ zum Kennzeichen der Delegierten. Auch hier gab es Standing Ovations und natürlich Zugaben.



Dankeschön. Mit einem kleinen Präsent bedankte sich die GdP bei allen Helfer/innen, die vor und hinter der Bühne zum Gelingen des Abends beigetragen hatten. nw

Möglich gemacht wurde das alles durch freiwillige Helfer der Weilburger Polizei, durch die Techniker und mit Lothar Hölzgen und Peter Wittig und die fleißigen Damen der GdP-Geschäftsstelle, die ihr Büro drei Tage ins Weilburger Schlosshotel verlagert hatten. Bei ihnen allen bedankte sich die GdP mit einem kleinen Präsent.

Norbert Weinbach

... und Tschüss bis zum
nächsten Mal!

